

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Draufschicht: Tagesblatt Rieser.
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkollektion: Dresden 1922
Stollze Rieser Nr. 22.

Nr. 218.

Montag, 18. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 98.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummern 5.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 2.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachdruck- und Vertriebskosten 2.— Mark. Keine Kasse. Bewilligter Rabatt erst, wenn der Betrag verfallt, durch Rings eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Kündigungsunterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schmel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Kartoffelversorgung.

Da die besten Kartoffeln voraussichtlich bald zur Ablieferung kommen, empfehlen wir, die Abholungsabgaben zu beschleunigen. Bei der Abholung müssen sie reiflich bezahlt sein.

Rieser, am 18. September 1922.

Der Rat der Stadt Rieser.

Ar.

Der durch das Bezirksamt Rieser genehmigte 10. Nachtrag zur Ortschulordnung für Rieser vom 20. September während der gewöhnlichen Geschäftsstunden im Rathaus, Zimmer 9, acht Tage zur Einsichtnahme auf.

Der Rat der Stadt Rieser, am 14. September 1922.

Der Gaswerksausschuß hat beschlossen, den Gaspreis mit Wirkung vom 1. Sept. ab auf Grund des § 16 der Gasabgabebestimmungen auf 25 Mark pro Kubikmeter festzusetzen. Gröba (Elbe), am 18. September 1922.

Der Gemeindevorstand.

Untermieterkohlenkartenausgabe in Gröba.

Die Ausgabe der Kohlenzugskarten für Untermieter, gültig vom 1. Oktober 1922 bis 31. März 1923, erfolgt in der Zeit vom 18. bis 23. September 1922, vormittags 7—1/2 Uhr im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 5. Gröba (Elbe), am 18. September 1922.

Der Gemeindevorstand.

Die Fleisch- und Wurstwarenbelieferung des Heimkehrerszeitbain soll ab 1. Oktober 1922 neu vergeben werden.

Die Belieferungsbedingungen können jeden Wochentag von 1 bis 4 Uhr nachmittags in der Geschäftsabteilung I, Zimmer 4 des Lagers eingesehen werden. Offerten sind bis 23. früh 10 Uhr einzureichen.

Die Lagerdirektion des Heimkehrerszeitbain.

Vertikales und Sächsisches.

Rieser, den 18. September 1922.

Erneute Erhöhung der Güter- und Personentarife. Als Ergebnis der Verhandlungen im Ausschusse des Reichseisenbahnrats hat das Reichsverkehrsministerium die folgenden Tarifserhöhungen festgesetzt: Die Gütertarife werden zum 1. Oktober um 100 Prozent (unter Einrechnung der bereits vorgezeichneten 33 1/2 Prozent), die Personentarife zum 1. November um 100 Prozent der Oberbartarife erhöht.

25jährige Jubelfeier der hiesigen Ortsgruppe des D. S. V. Im Sinnig mit Blattpflanzen und den Abzeichen des D. S. V. geschmückten Käpferischen Saale beging am Sonntag den 16. September die Ortsgruppe Rieser des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Zahlreich waren die Mitglieder mit ihren Angehörigen der Einladung gefolgt und auch mehrere Ehrengäste nahmen an der Feier teil. Die Vortragsfolge des Festabends verzeichnete eine Kasse herrlicher Lieder für Sopran und Männerchor. Die Feier wurde eingeleitet mit einem von Herrn Kurt Wild in klarer Aussprache gehaltenen Vortrag über die Bedeutung der Ortsgruppe. Nach dem Begrüßungsvortrag lang der W. G. „Amphion“ zwei Lieder für Männerchor: „Hymne an die Nacht“ und „Die Nacht“. Sodann wurden von Frau Emmy Böling-Schreiber einige Lieder für Sopran dargeboten. Die bekannte und geschätzte heimische Sängerin lang zunächst die beiden Lieder „Die Sonne ist niedergegangen“ und „Deutsch“. Der erste Teil der Vortragsfolge wurde beschlossen mit den beiden Liedern für Männerchor: „Brüder, reißt die Hand zum Bunde“ und „Das treue deutsche Herz“. Hierauf entbot der Kreisvorsitzende Herr Arno Bierack-Dresden der Ortsgruppe Rieser im Namen der Verbandverwaltung und des Kreisvorstandes die herzlichsten Glückwünsche. Der Redner dankte sodann in seiner Festansprache ein Bild der Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe. Sie habe, treu dem Wahlspruch: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, die Bestrebungen des Verbandes unterstützt und in guten wie in schweren Zeiten die Farben schwarz-weiß-rot und blau hochgehalten. Er erwähnte die Rieser D. S. V., auch fernherbin dem Verbande die Treue zu wahren und somit dem deutschen Kaufmannstande wieder zu seinem alten guten Rufe in aller Welt zu verhelfen. Mit dem Wunsche, möge die Zeit nicht mehr allzu fern sein, wo es wieder heiße: Deutschland, Deutschland über alles! schloß der Redner seine Ansprache. Stehend sangen hierauf die Anwesenden die drei Verse des Deutschlandliedes. Eine Abteilung des Turnvereins Rieser zeigte hierauf eine Reihe recht gut gelungener Übungen am Barren. Alsdann erkundete Frau Emmy Böling-Schreiber die Jubelredner durch weitere zwei Lieder für Sopran: „Ich hatte einst ein schönes Vaterland“ und „Heimat“, von Herrn Lehrer Kurt Hofmann am Klavier begleitet. Drei Lieder für Männerchor: „In einem lächlichen Grunde“, „Wie's daheim war“ und „Kanalied“ bildeten den Schluß des unterhaltenden Teiles. Für all die künftigen Gaben dankten die Festteilnehmer durch stürmischen Beifall und bewiesen dadurch, daß die Ortsgruppe Rieser mit der Ausgestaltung des Festes das Richtige getroffen hatte. Im Verlaufe des Abends nahm auch Herr Studienleiter Oehme das Wort, um der Ortsgruppe zu ihrem Jubiläum herzlichste Glückwünsche im Namen des Vereins „Handelschule“ auszusprechen, ferner Herr Hugo Röhler, der den jetzigen Vorsitzenden, Herrn Dirsch, zu seinem 10jährigen Vortragsjubiläum beglückwünschte. Während des festlichen Abschlusses des Festes, den ein schneller Walzer einleitete, wurden noch einige aus Kollegen- und Freundeskreisen gefandte Glückwünsche-Telegramme zur Verlesung gebracht. Die Feier verlief im höchsten Maße gesellig.

Der Bezirksobstbauverein Großenhain hielt am 9. September in dem Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Großenhain seine dreijährige Hauptversammlung ab. Eine größere Anzahl Vereinsmitglieder und einige Gäste hatten sich dazu eingefunden. Der stell-

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1490 Mark.

vertretende Vorsitzende widmete zunächst dem um die Entwicklung und das Gedeihen des Vereins hochverdienten vorjährigen Vorsitzenden, dem am 7. Februar d. J. verstorbenen Herrn Amtshauptmann Geh. Reg.-Rat Dr. Ulstmann, einen warmen Nachruf; die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erhebung von den Plätzen. Hierauf begrüßte der stellvertretende Vorsitzende den derzeitigen Amtshauptmann Herrn Kühn als Mitglied des Vereins, sowie den Obsthauptmann der Amtshauptmannschaft, Herrn Glauß. Bei den nachfolgenden Erziehungswahlen ward Herr Amtshauptmann Kühn einstimmig zum Vorstandsmittelglied gewählt. An Stelle des Herrn Bürgermeisters Richter in Radeburg ward, falls er bei seiner insolge amtlicher Überlastung tungegebene Ablicht, aus dem Vorstand auszuscheiden, beharren sollte, Herr Tierarzt Trott in Radeburg vorgeschlagen. Wiedergewählt wurden als Vorstandsmittelglieder Herr Gärtner Szaale in Thienberg und Herr Gemeindevorstand A. D. Schreiber in Frauenhain; neu gewählt an Stelle des aus dem Bezirk verzogenen Herrn Pfarrers Jinker in Bonndau wurde Herr Rittergutsbesitzer Thalmann in Böhlitz bei Orttrand. Weiter nahm die Versammlung Kenntnis von geplanten Obsthauptmannschaften in Müchris am 1. und 2. Oktober (Veranstaltung: der Obstbau- und Bienenzüchterverein in Gröbenhain am 7.—9. Oktober Naturheilverein in Gemeindefahrt mit den vereinigten Schreber- und Kleingärtnervereinen) und in Radeburg am 14.—16. Oktober (die Bezirksgruppe und die landwirtschaftlichen Vereine im Amtsgerichtsbezirk Radeburg). Eingeweiht ward auf die in Vertretung des Herrn Jungmann (Kottwitzer Straße) errichtete Obstverkaufsstelle. Gewarnt ward vor dem Verkauf unweiliger Kläumen, die zur Branntweinerzeugung verwandt würden. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten erstattete Herr Glauß seinen angelegentlichsten Vortrag über die Frage: „Was ist bei einer Obstplantation im allgemeinen zu beachten, wenn sie zufrieden stellen soll?“ Der Vortragende skizzierte in kurzen prägnanten Sätzen die einzelnen Obstarten und -sorten nach ihren Ansprüchen an die Bodenart usw., nannte Vorteile und Fehler beim Pflanzen, bei der Behandlung der Wurzeln und Kronen der Bäume, besprach dann eingehend Bewässerung, Bodenlockerung und Düngung und schließlich Krankheiten und Schädlings. Der ausgezeichnete klare Vortrag ward mit großem Beifall aufgenommen. — Zum Eintritt in den Verein meldeten sich erfreulicherweise der Bezirk der Schreber- und Kleingärtner mit zurzeit 140 Mitgliedern und ein Obstbauverein aus benachbarter ländlicher Ortschaft. — Von einem Austausch schlagzeugener Gemüsesamereien unter den Vereinsmitgliedern wurde von sachkundiger Seite abgeraten. — In einer an die mit lebhafter Teilnahme begleiteten Versammlung angeschlossenen Vorstandssitzung wurde Herr Amtshauptmann Kühn einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Ferner wurde die Gewährung von Ehrenurkunden für die oben genannten drei Ausstellungen beschlossen und der Einzelmitgliedbeitrag auf jährlich 60 Mark und in entsprechender Höhe der Beitrag der Körperschaftlichen Mitglieder festgesetzt.

Ein neues Lohnabkommen der Buchdrucker. Der Tarifauschuß der Deutschen Buchdrucker hat am Sonntag, den 17. September nach dreitägigen Verhandlungen ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, das drei Wochen, also bis 7. Oktober, läuft. In den Spitzen beträgt die Lohnlage in der ersten und zweiten Woche 800 Mark, in der dritten Woche 1200 Mark. Infolge dieser Lohnserhöhung in Verbindung mit den enorm gestiegenen Preisen der Materialien und Betriebskosten erhöhen sich die Druckpreise vom 18. September ab um 60 Prozent.

Die Ausfuhr für Seefische gesperrt. Mit Rücksicht auf die augenblickliche Ernährungslage wird durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Ausfuhr für Seefische mit Wirkung vom 25. September 1922 ab gesperrt. Von dem Verbot werden betroffen frische Seefische einschließlich der grünen Heringe, gelassene Heringe, Kaviar und Stodrische, sowie zubereitete Fische mit Ausnahme von Marinaden in Tonnen und Fässern und von Konserven.

Neueinstellung von Polizeianwärtern. In Weißen hat in diesen Tagen der erste Lehrgang für Polizeianwärter seinen Abschluß gefunden. Die Anwärter werden nach erfolgreicher Prüfung als Polizeianwärter in den Polizeidienst eingereiht. Ein neuer Lehrgang beginnt nach einer kurzen Pause anschließend an den vorausgegangenen. Die Befolgung der Polizeianwärter ist auskömmlich, die Befolgung frei. Für Unterbringung und Verpflegung wird ein geringer Teil des Gehalts in Abzug gebracht. Die Sächsische Landespolizei-Verwaltung gibt bekannt, daß hierzu sich junge Leute aller Stände melden können, die einen festen Lebens-

beruf ergreifen wollen und nach folgenden Bedingungen entsprechen: a) Sächsische Staatsangehörigkeit seit wenigstens zwei Jahren, b) Lebensalter vom vollendeten 19. bis zum vollendeten 23. Lebensjahre, c) Körpergröße mindestens 1,68 Meter, d) Unberuflichkeit, e) Unbescholtenheit, f) körperliche und geistige Fertigkeit für den Polizeiberuf. Eine militärische Dienstzeit ist nicht erforderlich. Vor der Einstellung müssen sich die Bewerber einer polizeiarztlichen Untersuchung und einer einfachen Allgemeinprüfung unterziehen, die zwecks Vermeidung unnötiger Reisekosten in verschiedenen Städten Sachsens wie Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Jitau und Rastenburg vorgenommen wird. Die Bewerbungsgeluche sind an die „Sächsische Landespolizei-Verwaltungs-Abteilung“ III, Dresden-A. 1 (Schloß), zu richten. Den Geluchten sind beizufügen: Kurzer Lebenslauf, Volksschul- sowie Fach- und Fortbildungsschulenausschlässe und sonstige Zeugnisse. Die Geluche müssen enthalten: Angaben über Staatsangehörigkeit, Lebensalter, Körpergröße, Unberuflichkeit und Unbescholtenheit.

Der Sächsische Gemeindevorstand zur Lebensmittellieferung. Die sächsischen Gemeinden haben es von jeher als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen, die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung nach Möglichkeit zu bessern und vor allem ihre Versorgung mit lebensnotwendigen Bedarfsgegenständen, vor allem auf dem Gebiete der Ernährung, sicher zu stellen. Die katastrophale Verteuerung der Lebensverhältnisse und die Verflechtung der gesamten Wirtschaftslage, die in den letzten Wochen eingetreten ist, hat den Vorstand des Sächsischen Gemeindevorstandes veranlaßt, in einer gemeinsamen Sitzung, Dienstag, den 19. September, vormittags 9 Uhr, im Rathaus zu Dresden Stellung zu nehmen zu wichtigen Wirtschaftsprüfung. Das Wirtschaftsministerium hat in der Erkenntnis der Bedeutung dieser Sitzung zugezogen, eine Anzahl Referenten zu dieser Sitzung zu entsenden. Wirtschaftsminister Hellisch ist durch auswärtige Dienstschäfte verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Außerdem sind die Vertreter der Landespreisprüfstelle, der Bezirkspreisprüfstellen und einer Anzahl örtlicher Preisprüfstellen sowie Vertreter größerer Verbraucher-Organisationen hierzu eingeladen.

Kein Holz mehr zu Särgen. In den „Dresdner Nachrichten“ lesen wir: Targenden lassen sich kommende wirtschaftliche Erscheinungen so sicher voraussagen, wie auf der Leipziger Waise. Es ist kein Zufall, daß auf der Leipziger Herbstmesse verschiedene Holzsorten ausgestellt waren, die sich auch zur Anfertigung von Särgen eignen. Es ist eine für unser wirtschaftliches Leben bezeichnende Tatsache, daß wir es uns bald einfach nicht mehr leisten können, bei den rüstigen Holzpreisen unseren Toten einen Sarg aus biden Holzplanen mit in die Erde zu geben. Wir haben weder das Holz dazu, noch können wir es mit unserer Vermögenslage mehr kaufen. Auf dem Lande kommt es hier und da schon jetzt vor, daß die Toten ohne Sarg bestattet werden, da eine Tagelöhnerfamilie unendlich 4—5000 Mark für den billigsten Sarg, wie er heute hergestellt wird, ausbringen kann. Und dieser Zustand wird bei einer Weiterentwicklung der Teuerung in den nächsten Monaten halb allgemein werden. Für welchen der auf der Leipziger Herbstmesse gezeigten Erbschaftsarten man sich in der Praxis entscheiden wird, muß sich erst noch erweisen. Auch die Särge aus Erbschaftsarten, die aus Holzstahl hergestellt werden, sind noch teuer genug, und vielteicht wird man schließlich — bei der Feuerbestattung ebenfalls — eine starke holzartige Wappe nehmen müssen, der man durch einen Holz- und Metallrahmen den nötigen Halt gibt. In Amerika hat man bereits einen anderen Weg eingeschlagen, um Holz für die Särge zu sparen: Die Glasfabrik Cowp in Altoona Penn. stellt neuerdings Särge aus gefärbtem Glas her, die sogar leichter als Metall- und Holzsärgen sind. Sie haben im Ober- und Unterteil nur eine Wandstärke von einem halben Zoll. Bei den ungeheuren Preisen für Glas dürften solche Glasrärgen für und allerdings nicht in Frage kommen, und wir müssen uns mit holzähnlichen Stoffen behelfen, sollen die Beträge, die von Sterbefällen usw. ausgesetzt werden, nicht schon für die Herstellung eines Sarges draufgehen.

Streifen. Die fortgesetzten Diebstähle von Kartoffeln die in den letzten Tagen eine ungläubliche Höhe erreicht haben, zwingen die Landwirte, von ihren zugefügten Lieferungen zurückzutreten. Sie sind nicht imstande, ihr geordnetes Verpächten zu halten. Die zum Teil noch im Wachsen befindlichen Kartoffeln müssen sie vorzeitig aus der Erde entfernen, damit sie nicht nachts von Freibeutern geräntet werden können. Am Donnerstag vormittag hat die Polizei hier ein Diebesnest ausgehoben und dabei mehrere Dutzend gestohlene Kartoffeln gefunden.

Radeberg. Die Stadtverordneten haben dem Verträge der Stadt mit dem Gewerkschaftsverband zugestimmt, wonach die Arbeiterbibliothek mit der städtischen Wäscherei vereinigt wird.

Witwen erba. Die Lebensmittelgeschäfte schließen hier wegen der hohen Lichtpreise mit Ausnahme der Sonnabende bereits abends 8 Uhr.

Schorsdorf (O.L.). Beim Milchsammelnd fand der Lehrer Geyer die Leiden der beiden 15 und 8 Jahre alten Söhne des Maschinenarbeiters Frau. Beide hatten Schwindel in den Schläfen. Sie hatten sich am Sonntag vor acht Tagen von zu Hause entfernt. Streifen durch Schulbücher und Dorfbesucher in den folgenden Tagen blieben erfolglos. Neben den Leiden lagen ein Revolver und ein Taschenmesser. Wie sich das Unheil zugefallen hat, wird nie aufgeklärt werden. Vielleicht hat der ältere Bruder im Scherz auf den jüngeren angelegt, ihn dabei tödlich getroffen und, als er seine Tat sah, sich selbst getötet.

Mittweida. Das Hochwasser der Bismarck hat an der im Bau befindlichen Wasserkrantlage des städtischen Elektrizitätswerkes dadurch schweren Schaden angerichtet, daß ein im Bau befindlicher großer Damm, der die Wassermassen für das Ueberfließen absperrn sollte, weggerissen wurde. Der Schaden ist ganz bedeutend. Außerdem tritt durch den Dammbruch eine Verzögerung der Arbeiten um etwa sechs Wochen ein.

Wilkau. Festgenommen und dem Gerichte angeführt wurden ein 18 jähriger Laufbursche und ein 22 jähriger Arbeiter von hier wegen Unterschlagung und Diebstahl. Ersterer hat Vorkensungen mit Wareninhalt im Werte von etwa 900 000 Mark, die er im Auftrage seines Arbeitgebers von der Post nach dem Geschäfte bringen sollte, dem letzteren und einem gleichaltrigen, noch Minderjährigen Arbeiter zum Verkauf übergeben. Die beiden Abnehmer haben gemerkt, daß die Ware auf unredlichem Wege erlangt gewesen ist. Ein großer Teil des unterschlagenen Gutes konnte wieder herbeigeführt werden.

Willemsfeld. Für die Beertragung Minderbemittelter ist ein Fonds gegründet und die Einrichtung einer Volkshilfe für die Bedürftigsten der Stadt vorgesehen worden.

Brand. Erbsdorf. Eine rote Lat beinahe, wie die „Berger Zeitung“ berichtet, in einem kleinen Gasthause der Arbeiter W. Wagner. Ohne jede Veranlassung faßte er den den Tanzsaal verlassenden Gerber Michael Weigl an der Kehle, wirgte ihn und warf ihn auf den Steinfußboden, wo Weigl bewußtlos liegen blieb. An dem erlittenen Schädelbruch und anderen Verletzungen ist Weigl am Mittwoch allseitig gestorben. Wagner wurde in Haft genommen. **Frankenberg.** Die anhaltenden Regengüsse am Mittwoch hatten ein schnelles Steigen der Bismarck zur Folge. In der fünften Stunde stand das Wasser über dem Springbrett der Frankfurter Vabankanstalt. Die reichenden Wasserflächen rissen das mächtige Holzgitter des Bades los und schleppten es mit fort. Am Sachsenburger Wehr zerbarst das Bassin zum zweiten Male und seine Teile wurden von den Fluten nun doppelt schnell fortgetragen.

Wörlitz. Tollkühne Kletterpartien führten hier zwei junge Leute aus, die zur Ausstragung einer Wette die Wetterkirktürme an den Bligableitern erklimmen. Oden angeleitet, kletterten sie schwarze Fäden auf die Turmspitzen. Einer der Kletterer machte auf der Spitze eines Turmes einen Handstand, während sein Kollege auf der anderen Spitze gemächlich seine Pfeife rauchte. Der Abstieg, dem eine vielfache Menschenmenge mit Spannung zusah, wurde an den Bligableitern ausgeführt und endete — mit der Abführung der Kletterer, des Angestellten Erich Subatsch und des Stellmachers Erich Reichel durch Schwimmbäume nach der Volkshauswache. Ein Strafmandat wegen groben Unfugs wird wahrscheinlich die Folge des Kunststückes sein.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Amerikanische Spende. Dem Deutschen Roten Kreuz ist die Verwaltung einer Spende von 1 Million Mark übertragen worden, zu der vor allem Governor James D. Cox, Herr Felix Arnold von der New Yorker Staatsregierung und Dr. Hugo Lieber beigetragen haben. Auf Wunsch von Governor Cox sollen diese Gelder besonders zur Unterstützung deutscher Studenten verwendet werden. Die Spender hoffen, damit manchem deutschen Studenten helfen zu können und gleichzeitig die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu fördern.

Polen.

Gierausfuhr. Für den Monat September wurde die Ausfuhr von 100, für Oktober von 80 und für November von 60 Waggons Gier bewilligt. Die Blätter melden, daß die Gier hauptsächlich in die Tschechoslowakei und nach England ausgeführt werden sollen, da wegen des Sturzes der deutschen Mark die Gierausfuhr nach Deutschland vollkommen unmöglich sei.

Abriistungskonferenz. „Nass Kurier“ erfährt, daß die von Rußland vorgeschlagene Abriistungskonferenz mit Polen, Rumänien und den baltischen Staaten im Oktober stattfindet.

Gefäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König. 44

„Wo hin?“ fragte er, schärfer vielleicht, als er es beabsichtigte.

Ein jährlammerndes Bild trat ihn aus den blauen Augen des schönen Mädchens.

„Spazieren!“ antwortete sie ebenso lakonisch.

„Zum Rendezvous?“

„Seltsame Frage!“ spottete sie. „Ich glaube nicht, daß ich verpflichtet bin, sie Dir zu beantworten.“

„Gewiß, bist Du das,“ erwiderte er, während er sie begleitete. „Dein Vater achtet nicht auf Dich, und Du selbst siehst die Gefahren nicht, denen Du entgegengehst, da mußt ich denn Wache halten, daß der Name Grollinger nicht in schlechten Ruf kommt.“

„Was, ich verblöde mich?“

„Höre mich ruhig an, beleidigen will ich Dich nicht, nur warnen, und meine Warnung ist sehr begründet. Du kannst mir nur Dank dafür wissen. Wie weit Deine Hoffnungen, die Du auf den Baron v. Holbach haust, sich bereits erfüllt haben, weiß ich nicht, das aber weiß ich, daß Du niemals Dein Ziel erreichen wirst. Und deshalb gebietet Dir die Rücksicht auf Deine Ehre, diesen Hoffnungen zu entsagen.“

Ein spöttisches Lachen war die Antwort Doras, verächtlich schüttelte sie mit den Schultern.

„Deine Warnung klingt sich nur auf Vermutungen,“ sagte sie und ihre Stimme klang außerordentlich geringschätzend. „Carel Rudolf, der mir seiner Tochter wegen diese Partie nicht gönnt, hat Dich gegen den Baron ausgeführt. Herr v. Holbach ist ein Mann von Ehre, wenn er um meine Hand wirbt, so wird er mich als seine Gattin heimführen, trotz aller Vorurteile, die seine Familie gegen diese Heirat hegen mag.“

„Glaubst Du das wirklich?“ erwiderte er unwillig. „Nun, ja, es ist begreiflich, denn man glaubt immer, was man hofft, aber der gesunde Menschenverstand müßte Dir sagen, daß diese Hoffnung Dich täuschen wird. Die Hindernisse, die ihrer Erfüllung entgegenstehen, beruhen nicht auf den Vorurteilen der Familie, sondern auch auf der Frage, ob der

Herr Baron Majoratsherr werden soll oder nicht. Wenn er wählen soll zwischen dem reichen Erbe und Dir, dann ist es mir nicht zweifelhaft, wie seine Wahl ausfallen wird.“

„Vor diese Wahl wird er nie gestellt werden, da er der einzige Sohn ist.“

„Und ich sage Dir, der alte Baron wird eher diesen Sohn verstoßen, als in die Verbindung einwilligen. Ich war in Lindenwalde und kenne den alten Herrn, ich kenne nun auch den leichtsinnigen Lebenswandel seines Sohnes, der wahrhaftig nicht geeignet ist, Vertrauen einzufloßen.“

„Wenn ich ihm vertraue, so genügt das!“ antwortete Doras, nun auch einen scharfen Ton anschlagend, in dem ihre wachsende Erbitterung sich kundete. „Ich brauche Euch keine Sorge um meinen guten Ruf zu machen, ich kenne die Rücksichten, die ich auf ihn nehmen muß, ich werde ihn zu wahren wissen.“

„So glaubst Du, aber Du bist unerschaffen; Doras, höre auf meine Warnung, damit die Reue nicht zu spät kommt. Baron Paul soll in den nächsten Tagen nach Lindenwalde zurückkehren und sich dort mit einer adeligen Dame verloben, die sein Vater ihm bestimmt hat.“

„Das ist nicht wahr, Max!“ unterbrach sie ihn erregt. „Das ist die Wahrheit; ich kann Dir sogar den Namen der Dame nennen, sie heißt Alma von Sternberg. Sie ist das einzige Kind eines Gutsnachbarn, die beiden Älteren sollen später vereint werden, schon aus diesem Grunde wird der Vater Pauls auf die projektierte Verbindung nicht verzichten.“

Der Blick Doras war starr geworden, ihre Lippen hatten sich heiß auf einander gepreßt, schmerzlos teilnahmslos schaute sie in die Ferne.

„Er soll!“ sagte sie nach einer langen Pause. „Wird er sich zwingen lassen? Ich glaube es nicht, ein Menschenberg kann man aberhaupt nicht zwingen.“

„Sehe nicht darauf Dein Vertrauen,“ warnte Friedberg. „Betrachte die Dinge, wie sie sind, und bedenke, welche Opfer der Baron Deinetwegen bringen müßte. Abgesehen, daß er selbst noch nicht darüber nachgedacht hat, aber die Zeit des Nachdenkens wird auch für ihn kommen, und dann spricht der Verstand lauter als das Herz. — Ich habe Dich nun gewarnt,“ fuhr er fort, indem er stehen blieb, und ihr die Hand

Pflügt die Obstbäume nach der Ernte!

Von G. R.

In diesem Jahre haben besonders Birnen und Äpfel wieder ihren Platz im Garten besetzt gemacht. Durch eine reiche Ernte lobten sie uns die Mühe, die wir uns mit ihnen gaben. Damit der Obstbauer und aber die reiche Ernte in den Gärten werfen konnte, hat er enorme Kräfte aufwenden müssen, um die große Ernte zur verträglichen Entlastung zu bringen. Wer eine so große Ernte hat, der heuer an fast allen Orten die Birnbäume erbrüht haben, bedeutet immer eine Erschöpfung für den Baum. Je schneller der Baum die Erschöpfung überwindet, um so vollkommener wird er im nächsten Jahre wieder seine Schönheit tun können. Wir können dem Baum bei diesem Bestreben insofern behilflich sein, als wir jetzt alle Kräftequellen öffnen und dem Baume zulassen müssen. Wir müssen jetzt im Herbst die zweite Hälfte des bekannten Gartenspruches beherzigen, der da lautet: „Und pflüge sein, er bringt dir ein!“

Die Baumkrone muß einer genauen Durchsicht unterzogen werden. Hier und da stehen noch die Baumstübe. Sie haben für dieses Jahr ihren Zweck erfüllt. Sie werden darum an einem trockenen Ort für das nächste Jahr zurückgestellt. Infolge der reichen Ernte fehlt es in diesem Jahre an den Birnbäumen auch nicht an gebrochener Ästen und Zweigen, die man trotz der Baumstüben im Innern der Baumkrone überall findet. Die Bruchstücke müssen mit Messer und Säge beseitigt werden. Die Schnittstellen werden sämtlich aufgeschritten und verbunden, da sie sonst faulen. Auch die alten Kronenteile, die dürr sind, werden entfernt. Diese dürren Äste sind ja besonders jetzt bei dem Landfall am besten zu erkennen. Aber auch Baumstübe und Baumstücke müssen jetzt herbeigeholt werden, um von Ästen und Stamm Borke, Moos und Baumflechten zu entfernen. Außerdem erhalten diese Teile des Baumes ihren Kalksaft. Der Stamm muß schließlich einen Leimgürtel zum Abfangen der Frostspannerweibchen erhalten.

Die Bodenlockerung und Düngung der Bäume. Während der Ernte ist das lockere Land unter der Baumkrone sehr festgetreten worden. Die Luft kann darum nicht in den Boden eindringen. Darum müssen wir für gute Bodenbelüftung sorgen. Es muß recht fleißig umgegraben werden. Dabei ist auch die Herbstdüngung zu verabreichen. Wir graben darum beim Umlodern des Bodens zugleich Kiste, Kuh-, Jauche-, Kompost- und alten Dünger mit ein. Besonders vorteilhaft ist es, dem Baum jetzt feste Düngstoffe zu geben. Hoffentlich treten noch reichliche Regennüssen auf, die die Düngstoffe auflösen und sie den Wurzeln zuführen. Auch die schwerlöslichen künstlichen Dünger werden jetzt am besten gegeben. Das Umgraben im Herbst ist deswegen so vorteilhaft, weil der in groben Schollen umgebrochene Boden durch die Kälte des Winters zermürbt wird. Die eindringende Feuchtigkeit löst in Verbindung mit der eindringenden Luft die Nährstoffe und macht sie so erst für die Wurzeln aufnehmbar.

Besondere Pflege bedürfen die Bäume, die im Wiesland, an Rainen oder an Wegen und Straßen stehen. Diese Bäume sind meist Stieftöchter, für die kaum einmal etwas Dünger übrig bleibt. Auch haben solche Bäume beständig unter Wassermangel zu leiden. Wenn es nicht geht, das Land unter der Krone zu lodern, so muß man entweder mit einem Erdböhrer oder mit einem Wasserleitrohr Löcher in das Grasland stoßen. Die Löcher werden nicht im Innern der Baumstüben angebracht, sondern mehr nach dem äußeren Teile zu, nach der Kronenkrone. Die Düngstoffe werden öfter mit kräftiger Jauche begossen. Sind sie zur Düngung nicht mehr notwendig, so werden sie mit Komposterde geschlossen. Die verfaulten und vergammelten Bäume sind für solche Düngung sehr dankbar. Sie erwachen gleichsam zu neuem Leben und bringen Früchte hervor, wie man sie von ihnen nicht erwartet hätte. Das Notwendigste im Obstgarten ist die Düngung, die bei vielen Obstbäumen noch sehr im Argen liegt. Die Nachlässigkeit der Besitzer bringt ihnen selbst den größten Schaden. Nur derjenige, der seine Bäume pflegt und jedes Jahr regelmäßig düngt, wird auch allmählich Ernten halten. Wir können die Obstgartenbesitzer nicht oft genug an diese Pflicht erinnern.

Die Sicherung der Apfelbäume gegen Hasenfraß darf nicht unterlassen werden! Auch in diesem an Äpfeln armen Jahre haben wir ge-

Unsere Postbezieher

welche das Meiser Tageblatt bei der Post zu bestellen gewöhnt sind, bitten wir die Bestellung für das letzte Vierteljahr 1922 rechtzeitig aufzugeben, damit sie keine Unterbrechung im täglichen Bezuge erleben.

zum Abschied reichte, „sei verständig und vernichte nicht selbst durch einen kurzen Rausch Dein ganzes Leben.“

Dora schweig, sie beschloß nur flüchtig seine Hand und setzte allein ihren Weg fort.

Von dieser projektierten Heirat hatte Paul ihr noch nichts gesagt, sie glaubte nicht daran.

Es war begreiflich, daß ihr Schwager jedes Mittel benutzte, um trennend zwischen die beiden zu treten, aufgestellt von Onkel Rudolf hegte er nur feindselige Gefinnungen gegen den Baron, den sie besser kannte, und auf dessen Liebe und Ehrenhaftigkeit sie felsenfest vertraute.

„Ah, welcher Triumph für sie, wenn sie ihrer Familie beweißen konnte, daß sie in diesem Vertrauen sich nicht getäuscht hatte!“

Und das soll Paul noch in dieser Stunde beständigen, die Zweifel, die in ihrer Seele gewendet worden waren, müßten beseitigt werden.

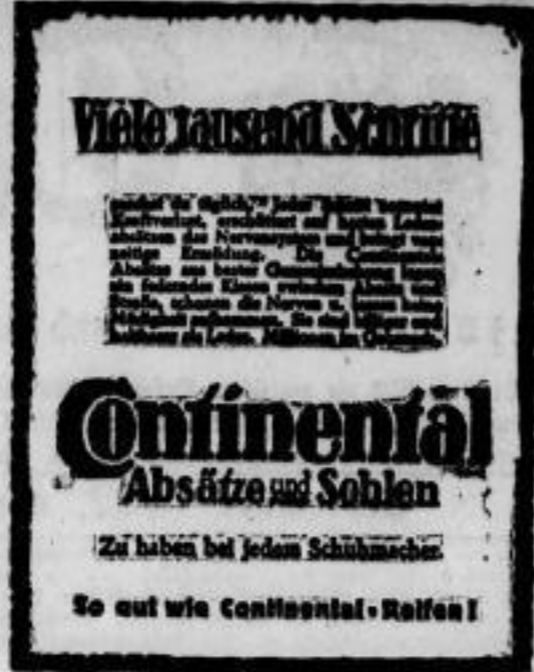
Sie war seit ihrer Verlobung täglich mit ihm zusammengekommen; er hatte sie gebeten, heute ihn zu besuchen, da es sein Herzangelegenheit in ihrem Hause nicht sicher glaubte.

Die Dienstmagd konnte plaudern, der Vater oder Ferdinand unerwartet heimkommen und sie überraschen, auch der Nachbarn wegen waren die Zusammenkünfte im Hause Grollingers nicht rar, während man auf die Verschwiegenheit des Kammerdieners sich in jeder Weise verlassen durfte.

Schon an der Haustür nahm Jakob die junge Dame mit einer tiefen Verbeugung in Empfang, er begleitete sie die Treppe hinauf und öffnete ihr die Tür zum Kabinett seines Herrn; sein Benehmen war durchaus respektvoll, sie hätte es als Frau Baronin nicht devoter verlangen können.

Dora trat in das trauliche, elegante Zimmer des Barons ein, die Tür wurde hinter ihr geräuschlos geschlossen, im nächsten Augenblick lag sie in den Armen ihres Verlobten, die sie flüchtig umschlangen.

Sie mußte Hut und Mantel ablegen und auf dem Diwan Platz nehmen, süßer Wein und Konfekt standen auf dem Tische, aber trotz aller Lieblichkeitsbeweise Pauls beschloß die Seele Doras doch ein drückendes Gefühl, sie konnte die Erinnerungen an die Warnungen ihres Schwagers nicht los werden.



Die Rattowitzer Eisenbahner drohen mit Streik. Nach einer Meldung der „Ostdeutschen Morgenpost“ aus Rattowitz wurde der Eisenbahnpräsident Sikorski von der Warschauer Regierung abberufen. Die polnische Eisenbahndirektion beschloß in einer flüchtig verlaufenen Sitzung, die Warschauer Regierung zu ersuchen, Sikorski im Amte zu belassen, widrigenfalls am Montag der Betrieb eingestellt werden würde.

Tschechoslowakei.

Die Wirtschaftskrise. Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei erfährt eine neue Kennzeichnung durch die soeben erfolgte Kündigung des Lohnvertrages in der chemischen Industrie. 70 Betriebe mit über 9000 Arbeitern werden davon betroffen. In der keramischen Industrie beträgt die Gesamtzahl der entlassenen Arbeiter bereits 20 000, während eine gleiche Anzahl nur noch an drei Tagen der Woche beschäftigt ist. In der Glasindustrie deutet das völlige Ködchen einer Anzahl von Oefen darauf hin, daß man sich mit einer längeren Stilllegung der Betriebe bereits abgefunden hat.

Ungarn.

Der Sturz der ungarischen Krone. Die Blätter weisen darauf hin, daß enorme Mengen ungarischer Kronen in Prag, Belgrad, Laibach und Ugram andauernd auf den Markt geworfen werden, womit offenbar bemerkt werden, den Wert des kurbischen Geldes zu heben. Dies sei ein durchsichtiges Manöver, um die Wirtschaft Ungarns zu Grunde zu richten, ähnlich wie es mit Oesterreich geschähe, das fortwährend mit Verpfechtungen hingehalten werde, die niemals eingelöst werden. Es werde damit das Ziel angestrebt, die Macht in Oesterreich in die Hand zu bekommen. — In der Sitzung der Nationalversammlung am Sonnabend erklärte Finanzminister Kallay, daß Ungarn nunmehr konsolidiert genug sei, um die Zinsen einer eventuellen produktiven Auslandsanleihe tragen zu können. Ohne diese Anleihe sei das Land nicht imstande, den Vorkriegsverpflichtungen Genüge zu leisten, insbesondere da noch immer mit Verhärthungen der Reparationsfrage zu rechnen sei, welche, ohne den Verbündeten effektiv zu nützen, Ungarn wesentlich schaden. Der letzte Sturz der ungarischen Krone sei ebenso wie der im August ganz unmotiviert gewesen und lediglich auf Einwirkungen der Spekulation zurückzuführen.

Frankreich.

Der Streik der Seeleute. Wie Davaq meldet, haben die Seeleute in Le Havre und Dünkirchen beschlossen, der Aufforderung des Verbandes gemäß am gestrigen Sonntag früh in einen 23 stündigen Streik zu treten. — Wie die Pariser Morgenblätter vom Sonntag melden, ist der Streik der Seeleute nur zum Teil durchgeführt worden. Nach den Erklärungen des Generalsekretärs des Verbandes der Seeleute wird die Arbeit allgemein wieder aufgenommen. Es werde aber alsbald eine direkte Aktion gegen die Reederei unternommen werden. So würden Lohnverhördungen gefordert werden, ferner werde verlangt werden, daß die Löhne in Pfunden ausgezahlt würden, die Kapitäne würden sich weigern, mit verminderter Mannschaft auszufahren und dergleichen mehr.

Neubestellungen auf halben September

zum Besuche des Meiser Tageblattes gebe man sofort an alle Zeitungsträger oder zur Vermittlung an diese auch an die Tagesblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 59. — Der halbe September kostet M. 50. — einschließlich Bringerlohn.

sehen, welche gewaltigen Mengen Obst eigentlich doch noch fehlen. Damit der Mangel nicht noch größer wird, ist es Pflicht, daß jeder Obstbaumbesitzer dafür sorgt, daß keiner seiner Bäume beschädigt oder gar vernichtet wird. Ein sehr schlimmer Feind des Apfelbaumes ist der Hase. Der Schaden, der dieses Nagetier durch das Abnagen der Rinde den jungen Bäumen verursacht, ist viel größer als man meistens annimmt. Je härter der Winter ausfällt, desto größer ist der Schaden. Viele Obstbauern denken: „Der Winter wird schon nicht so streng werden.“ Dadurch schlafen sie ihr Gewissen ein und unterlassen das Einbinden der jungen Bäume. Wenn dann das Unglück geschehen ist, will man schnell das Verfümmte nachholen. Aber dann ist es meist zu spät. In diesem Jahre sind viele der Obstbäume nicht recht angefallen, da sie nicht getragen haben. Das verleiht dann viele Obstbauern, die tüchtigen Erziehungs- und Pflegearbeiten nicht auszuführen. Darum seien sie ganz besonders an diese Pflicht erinnert. Die Arbeit der Baumkürzung darf nicht aufgeschoben werden; man erledige sie sofort. Den besten und sichersten Schutz geben Baumschäler aus Drahtgeflecht. Wo man sich solche nicht anschaffen kann, genügt auch ein Einbinden der Stämme in Tannen- oder Fichtenreisig. Auch mittelstarke Bäume binde man aus Vorsicht ein.

Vermischtes.

Der Berliner russische Silbermünzen besitz lagern. Der Staatsbankrott in Deutschland gelang es, einem umfangreichen Schleichhandel mit russischen Silbermünzen auf die Spur zu kommen. Vor einiger Zeit war in Berlin von einer Frau Wurm ein Bankgeschäft eingerichtet worden, das in reger Verbindung mit einem gleichartigen Berliner Institut stand, dessen Inhaber der Gheemann der Frau war. Es wurden in Berlin von Mittelspersonen für das Bankhaus Bestände an russischem Silbergeld aufgetauft. Zwar lieferte das Bankhaus einen Teil des Silbers an die Reichsbank ab, doch behielt der bringende Verdacht, daß der größte Teil des Geldes nach dem Ausland verflohen wurde. Bei einer polizeilichen Durchsuchung der Räume gelang es, vier Zentner und 16 Pfund russisches Silbergeld zu beschlagnahmen. Die zunächst verhaftete Geschäftsinhaberin wurde vorläufig gegen eine Kaution von einer Million Mark freigelassen.

Ein beschuldiger Steuerbeamter. Der Steuerwahrmeister Schille in Magdeburg wurde wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er war an einen reichen Kaufmann herangetreten und hatte sich bereit erklärt, diesem für eine Belohnung von 20 000 Mark die Akten vorzulegen, aus denen hervorgeht, daß die Steuerbehörde gegen den Kaufmann ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung eröffnen wollte.

Zu dem Brande in der Chemischen Fabrik A. E. Merck in Darmstadt wird von der Fabrikleitung mitgeteilt, daß nur ein Teil der in dem Drogenlager aufgeschickten Drogen dem Feuer zum Opfer fiel. Ein Uebergeleitetes des Brandes auf die Fabrik land nicht statt. Die Fabrikationsstätten, Kesselhäuser, Maschinenhäuser usw. sind unversehrt, die Fabrikation geht weiter, jedoch Arbeiterentlassungen überhaupte nicht in Betracht kommen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Erdbeben. Nach einer Havas-Meldung aus Vigo wurde dort am Freitag gegen 11.30 Uhr abends ein Erdbeben verspürt, das mehrere Sekunden dauerte und sich in weniger kurzer Form 15 Minuten später wiederholte. Die Erscheinung rief eine lebhafteste Erregung hervor. Das Beben verursachte nur geringfügige Sachschäden.

Ausland auf dem Münchener Oktoberfest. Wegen der vom Münchener Stadtrat beschlossenen Einführung der Vergütungskartensteuer anstelle der bisherigen Pauschalabgabe, sind seit Sonnabend mittag die Schausteller auf dem Oktoberfest in den Auslands getreten. Großer Opiumdiebstahl. Von einem Speiseboden im Freihaufen in Hamburg ist für eine Million Mark Opium gestohlen worden.

Ein guter Ausweg. Folgende kleine Geschichte erzählte einmal Andrew Carnegie: Ein guter alter Schotte war schwer krank, und bangte sich um das Schicksal seiner Frau, die zu alt zum Arbeiten war und die er nicht gern im Armenhaus gewünscht hätte. „Nancy“, sagte er zu ihr, „wenn ich tot bin, mußt du einen anderen heiraten, der dich auf deine alten Tage pflegt.“ „Nein, nein, Alter“, erwiderte die gute Frau, „ich kann doch nicht wieder heiraten, was sollte ich denn noch im Himmel mit zwei Männern?“ Ihrem Alten leuchtete das ein. Er verlor in Gräben, aber plötzlich erhellte sich sein Gesicht. „Jetzt hab' ich's, Nancy!“ rief er beglückt. „Du heiratest den alten Hans. Der ist gut, aber er ist Dissident. Der mag dich gern, und wenn du den nimmst, ist es im Himmel noch besser.“ Weil er kein Christ ist, kommt er ja doch nicht hinein.“

Die Entwicklung der Lampe.

Die zahlreichen Unregelmäßigkeiten und Störungen, denen unser modernes Wirtschaftsleben ausgesetzt ist, machen vielfach das Zurückgreifen auf ältere, einfachere Lebensformen erforderlich und haben u. a. in dem Beleuchtungsweisen der altbewährten Petroleumlampe zu neuer, ehrenvoller Tätigkeit verholfen. Die Geschichte der Lampe ist schon sehr alt, älter als die der Kerze. Nach A. M. Velland (Zinnmönche) steht fest, daß das „Steinöl“ schon den Perliern, Griechen und Römern bekannt war. Herodot, 450 v. Chr., erzählt von seiner Gewinnung bei den Persern, und Plinius erwähnt die Verwendung sizilianischen Oels zu Beleuchtungswecken. Marco Polo beschrieb (13. Jahrhundert) die Quellen von Batu, und bemerkte dabei, das Oel „ist zwar nicht gut für Nahrungsmittel, aber gut zum Brennen und zum Salben von räudbehafteten Kamelen“. Auch in den Vereinigten Staaten wurde lange vor Begründung der gegenwärtigen Industrie das Petroleum von Fluß- und Leuchtöfen abgeseiht und als Senecaböl gegen Rheuma, Husten und Entzündungen angewendet. Einige mittelalterliche Städte, z. B. Genua, bedienten sich des Petroleums zur Straßenbeleuchtung.

Die ersten Lampen aber wurden mit Pflanzenöl gepeist und lange, ehe der Körper oder der Metallarbeiter ihre Kunst übten, gab es in vorgeschichtlicher Zeit schon Lampen. Bot doch die Natur in Muscheln, hohlen Steinen und Tierhäuten die bequemsten Leuchtbehälter. Und die ältesten von Menschenhand gefertigten Formen waren, wie ein Gang durch die Museen leicht beweist, von länlicher Schönheit und Zweckmäßigkeit. Die schweren Pflanzenöle fliegen nur widerwillig den Docht empor, daher war der Behälter stets hoch und breit, wie aus der „römischen Lampe“ ersichtlich. Je mehr das Oel verzehrt wurde, umso kleiner und schwächer wurde die Flamme. Dies hatte verschiedene Nachteile, z. T. sehr komplizierte Erfindungen zur Folge, die das Oel in gleichmäßigen Höhe halten sollten.

Warum man Sachen verliert. Wenn man die großen Mengen verlorenen Gegenstände betrachtet, die sich in den Hundstuden der Großstädte aufhäufen, so kommt man zu der Anschauung, daß das Vergessen und Verlieren nun einmal eine Eigenschaft ist, die dem Menschen tief innewohnt. Wenn man aber zu gleicher Zeit sieht, wie unglücklich so viele über ihre Verluste sind und wie eifrig sie danach streben, sie zurückzubekommen, so möchte man nicht glauben, daß jedem Verlieren eines Gegenstandes eine gewisse Absicht zugrunde liegt. Dies ist aber nach den neuesten psychoanalytischen Forschungen der Fall, von denen ein Arzt berichtet. Man steht heute auf dem Standpunkt, daß jedes Verlieren oder Vergessen einer Sache ausgelöst wird durch einen im Unterbewußtsein schlummernden Wunsch, diese Sache loszuwerden. Das Unterbewußtsein, das ja in unsern alltäglichen Gedanken und Handlungen eine so große, bisher zu wenig beachtete Rolle spielt, veranlaßt uns dazu, unsern schönen Spazierstock stehen zu lassen oder das neue Paar Handschuhe zu verlieren. Auch wenn wir das selbst nicht glauben wollen und uns für das Verlieren ärgern, vermag doch eine eingehende Erforschung unserer Motive diese Erklärung ans Licht zu bringen. Einige von dem Psychologen angeführte Beispiele erläutern das näher. Jemand verabschiedet sich z. B. mit einer jungen Dame und vergißt das Handtasche. Er ist darüber ganz untröstlich und erschöpft sich in Entschuldigungen. Aber die Dame weiß im Unterbewußtsein, was das bedeutet; sie begreift, daß sein Gedächtnis und seine Aufmerksamkeit nicht stark genug waren, um den im Geheimen wirkenden Wunsch, die Verabredung zu vergessen, zu überwinden. Das Nichterhalten des Handtasche ist ein Beweis, daß das Interesse des Herrn nicht groß ist. Oder jemand, der aus seinen Ferten nach Hause fährt, läßt im Eisenbahnwagen seinen Hut liegen und bemerkt erst den Verlust, als er auf der Straße die erstaunten Blicke der Vorübergehenden empfindet. Nun wird er sich seiner Schuld bewußt, und es ist auch wirklich eine Schuld, die er da auf sich geladen. Prüft er sich nämlich genau, dann findet er, daß der Hut die Kopfbedeckung war, die er täglich auf seinem Weg zum Büro trägt. Arbeit und Hut waren in seinem Unterbewußtsein so eng miteinander verknüpft, daß der Widerruf gegen die Wiederaufnahme seiner Beschäftigung und der Wunsch, sich von ihr zu befreien, in ihm das Vergessen des Hutes auslöste, der für ihn das Sinnbild der Arbeit war. Bei den meisten Vergeßlichkeiten lassen sich solche tieferen psychologischen Gründe finden. So verliert z. B. ein Mädchen, das sonst die Ordentlichkeit liebt, in einer Woche dreimal hintereinander ein Paar Handschuhe. Nun hat sie gerade ihre Verlobung gelöst, und die Handschuhe sind Geschenke des früheren Verlobten. Die Handschuhe sind also das Sinnbild der Abneigung, die sie gegen den Bräutigam empfindet, und sie werden von ihr instinktiv liegen gelassen, sowie sie den Bräutigam verabschiedete.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. September 1922.

Die Belegschaft der Bismarckhütte entlassen.

Die Bismarckhütte. Am Sonntag wurde durch Anschlag der Belegschaft der Bismarckhütte bekannt gegeben, daß infolge der letzten Vorgänge, besonders der Verhandlungen des Direktors Kahlborn, und des dauernden Widerstandes die ganze Belegschaft freilassen und das Betreten der Betriebsanlagen gerichtlich geahndet wird.

Verhaftungen von Nationalsozialisten in München.

München. Laut „Neuesten Nachrichten“ wurden mehrere Nationalsozialisten unter der Beschuldigung des Landfriedensbruchs — begangen durch Beteiligung an den nächtlichen Ausschreitungen im Deutschen Theater — festgenommen, die meisten jedoch nach eingehender Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Eine Rede des dänischen Außenministers.

Kopenhagen. Gelegentlich einer liberalen Jugendversammlung in Jütland sprach der Außenminister Harald Scavenius über die Verhältnisse in Schleswig nördlich und südlich der Grenze. Nachdem er die Unterstützung erwähnt hatte, die den Dänen in Mittelschleswig für ihre kulturelle Arbeit und Schularbeit gewährt wird, sagte der Minister u. a.: „Es ist kein Grund vorhanden, sich darüber aufzuregen, daß die dänische Minderheit in Mittelschleswig sich mit Politik beschäftigt. Es findet sich ja niemand hier im Lande, der sich darüber ärgert, daß die deutsche Minderheit dies tut oder darüber, daß sie einen Vertreter im dänischen Reichstag hat, der offen die Gesinnung seiner Wähler zum Ausdruck bringt. Wir nehmen hier einen vernünftigen Standpunkt ein, diese dänisch sprechende deutsch gefühlte Minderheit als Tatsache zu betrachten, die wir nicht aus dem Wege zu räumen suchen, indem wir eine Intervention von außen herbeirufen. Wir müssen aufhören darüber erstaunt zu sein, daß dasselbe, was hier im Lande geschieht, auch an anderen Stellen vor sich geht. Es geht nicht an, in dieser Sache mit zwei Gewichten wiegen zu wollen. Es ist unverständlich, den Eindruck erwecken zu wollen, daß wir auf das politische Auftreten der dänischen Minderheit einen Einfluß ausüben können. Das können wir nämlich nicht. Die Regierung hat sicher keine Machtmittel, um auf das übertriebene Mißtrauen einzuwirken,

das sich in gewissen deutschen Kreisen geltend macht, noch weniger auf die Verhältnisse einen Einfluß auszuüben, die eine rein-deutsche innere Angelegenheit sind. Wir sollten in dieser Sache genau wie Deutschland auftreten. Dies sollte uns um so leichter sein, als die Worte, die der deutsche Reichspräsident in Hensburg sprach, genau die Politik ausdrücken, welche die Regierung hier im Lande befolgt hat. Wir brauchen daher keinen neuen Weg zu beschreiten. Es ist ein glückliches Geschick, daß es leicht gewesen ist, das dänisch-deutsche Abkommen zustande zu bringen, das gleichzeitig ein gutes Verhältnis zwischen den Regierungen der beiden Länder ermöglicht hat. Der Minister schloß: Ich glaube sagen zu können, daß die deutsche Regierung im gleichen Grade wie die dänische von dem Wunsche erfüllt ist, ein gutes nachbarliches Verhältnis zu festigen und weiter zu entwickeln.

Die Haltung der Entente gegenüber der Türkei.

Paris. Der „Tempo“ schreibt zu der Reutersnote, die die Ansicht der englischen Regierung über die Lage im Orient darstellt, die von der englischen Regierung eingenommene Haltung entspreche nicht dem, was man nach der Antwort Frankreichs hätte erwarten sollen. Anstatt bei der Regierung von Ankara einen friedlichen Schritt zu unternehmen, habe die englische Regierung die Absicht, eine Reihe von Maßnahmen zu treffen oder durch andere Mächte treffen zu lassen. Es sei zu befürchten, daß die Türken in den vorgeschlagenen Maßnahmen eine Art Drohung sehen würden. Vom allgemeinen Gesichtspunkte wäre es gefährlich, sich auf den Weg zu lassen, den die Bonhoner Regierung, nach der offiziellen Note zu urteilen, beschreiten zu wollen scheint.

Paris. Ueber die Absichten Englands in der Orientfrage schreibt „Echo de Paris“: England, das ganz richtig fühlt, daß eine mächtige und feindsichtige Türkei unverträglich ist mit der Sicherheit seiner Besitzungen, findet keinen anderen Ausweg, als die ottomanische Macht niederzuschlagen. — Aber es ist unmöglich, daß diese Politik einen Ausweg schafft. Alle Franzosen, die trotz vorübergehender Mißverständnisse die aufrichtigen Freunde der edlen und mächtigen Nation England bleiben, wünschen, daß England endlich seine Augen öffne und daß es auf eine selbst seine Kräfte übersteigende Unternehmung verzichte. Sie wünschen das im englischen Interesse, weil die Größe und die Wohlfahrt der beiden Länder ihnen solidarisch erscheinen. Sie wünschen es auch im direkten Interesse Frankreichs, weil jeder auf die Türkei ausgeübte Druck eine Erregung hervorruft, die Frankreich nicht indifferent lassen kann.

Paris. Ueber die Absichten Englands in der Orientfrage schreibt „Echo de Paris“: England, das ganz richtig fühlt, daß eine mächtige und feindsichtige Türkei unverträglich ist mit der Sicherheit seiner Besitzungen, findet keinen anderen Ausweg, als die ottomanische Macht niederzuschlagen. — Aber es ist unmöglich, daß diese Politik einen Ausweg schafft. Alle Franzosen, die trotz vorübergehender Mißverständnisse die aufrichtigen Freunde der edlen und mächtigen Nation England bleiben, wünschen, daß England endlich seine Augen öffne und daß es auf eine selbst seine Kräfte übersteigende Unternehmung verzichte. Sie wünschen das im englischen Interesse, weil die Größe und die Wohlfahrt der beiden Länder ihnen solidarisch erscheinen. Sie wünschen es auch im direkten Interesse Frankreichs, weil jeder auf die Türkei ausgeübte Druck eine Erregung hervorruft, die Frankreich nicht indifferent lassen kann.

Paris. Ueber die Absichten Englands in der Orientfrage schreibt „Echo de Paris“: England, das ganz richtig fühlt, daß eine mächtige und feindsichtige Türkei unverträglich ist mit der Sicherheit seiner Besitzungen, findet keinen anderen Ausweg, als die ottomanische Macht niederzuschlagen. — Aber es ist unmöglich, daß diese Politik einen Ausweg schafft. Alle Franzosen, die trotz vorübergehender Mißverständnisse die aufrichtigen Freunde der edlen und mächtigen Nation England bleiben, wünschen, daß England endlich seine Augen öffne und daß es auf eine selbst seine Kräfte übersteigende Unternehmung verzichte. Sie wünschen das im englischen Interesse, weil die Größe und die Wohlfahrt der beiden Länder ihnen solidarisch erscheinen. Sie wünschen es auch im direkten Interesse Frankreichs, weil jeder auf die Türkei ausgeübte Druck eine Erregung hervorruft, die Frankreich nicht indifferent lassen kann.

Belgien wartet.

Paris. In offiziellen englischen Kreisen kühnert man sich ziemlich zuversichtlich über den Erfolg der Oostendischen Verhandlungen in London, wenn auch die Direktoren der Bank von England nicht gerade geneigt erscheinen, einen Vertrag abzuschließen, der für sie keine Vorteile enthält, sondern mehr und fast ausschließlich politischen Charakter trägt. Nach gewissen offiziellen aus London entworfenen Meldungen sei die belgische Regierung entschlossen, das Resultat der vom Reichsbankpräsidenten geführten Verhandlungen abzuwarten, bevor sie eine endgültige Entscheidung treffen will.

Die Mandatschmelze von Japan geräumt.

Paris. Wie aus Tokio gemeldet wird, hat die letzte japanische Abteilung die Nordmandatschmelze geräumt und sich eingeschifft.

Generalratswahlen im Elsaß.

Paris. Nach einer Meldung des „Journal“ aus Straßburg hatte die Wahl zum Generalrat in Niederbronn folgendes Ergebnis: Kommunisten 1450 Stimmen, Nationaler Block 1403 Stimmen, Radikalsozialisten 427 Stimmen, Christen (Born von Bulach) 301 Stimmen, Sozialisten 42 Stimmen. Es finden Stichwahlen statt.

Vater, Mutter, Tochter, Sohn wuschen das Haar mit Helipon

*) Helipon ist zum Selbstwaschen der Haare unbedingt das Beste. In einschlägigen Geschäften zu 10 Mk. das Döschen erhältlich.

An Dächern wurden im Laufe der Jahre die verschiedensten Erfindungen auf den Markt gebracht, besonders in feuerfestem Material. Aber keiner gelang es, den guten alten, aus Baumwolle gewebten oder geflochtenen Docht zu verdrängen. Besser als der aus fursäuerlichem Material dichtgewebte Docht bewährte sich der aus langfaseriger Baumwolle loder hergestellte, da er dem anderen an Saugfähigkeit weit überlegen ist.

Kunst und Wissenschaft.

Die große Jahrbunderausstellung „Industrie und Wissenschaft“ auf dem städtischen Ausstellungsgelände am Bismarckdenkmal in Leipzig wurde Sonnabend durch den Geheimen Medizinalrat Dr. Sudhoff eröffnet. Die Ausstellung, die aus Anlaß der Jahrbunderausstellung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte veranstaltet worden ist, führt den ganzen modernen Forschungs-, Unterrichts- und Betriebsbedarf der Naturwissenschaft und der Medizin vor Augen. Sonnabend nachmittag wurde im Stadtgeschichtlichen Museum eine historische Ausstellung eröffnet. — Im Deutschen Buchgewerbehaus in Leipzig wurde Sonntag vormittag die Ausstellung „Deutsche Bücher- und Buchdruckerei 1922“ eröffnet, die von der Leipziger Volksakademie und dem Deutschen Buchgewerbeverein unter Beteiligung von Leipziger Sortimentsbuchhandlungen veranstaltet ist. Die Ausstellung ist nach psychologischen und künstlerischen Gesichtspunkten angeordnet und umfaßt einige Berufs- und Fachbibliotheken von besonderer typischer Bedeutung, sowie einen den privaten Interessen des durchschnittlichen Lesepublikums Rechnung tragenden Rundgang „Der Mensch und das Buch“. Mit Rücksicht auf die gleichzeitige Tagung der Deutschen Naturforscherversammlung werden auch einige wissenschaftliche Sondergruppen ausgestellt.

Eine derselben, die Bogellampe des Lery von Alexandria, erhielt ihre ununterbrochene Delzufuhr durch Druck einer Luftsäule nach dem Prinzip des Baronsballs. Cardanus schuf um 1550 eine Dellampe mit seitlichem Delbehälter, und 1782 erfand Argand seine Lampe mit hohlem Runddocht, über dessen Flamme ein Bleischiefer ausgehängt war, um die Luftzufuhr besser zu regulieren. Bald wurde dieser durch einen Glaszylinder ersetzt, der sich fast ununterbrochen für Del- und Gaslampen bis heute erhalten hat. Später konstruierte Carcel eine Lampe mit einer durch Uhrwerk regulierten kleinen Pumpe für das Del, und 1836 wurde die Moderaturlampe bekannt, bei der das Del mittels eines durch Federkraft betriebenen Kolbens gehoben wird. Sie war bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts fast allgemein verbreitet, und ist jetzt noch, entsprechend umgeändert, in vielen Familien als Petroleumlampe in Gebrauch.

Die Einführung des schlitzigeren und leichter brennbaren Mineralöls regte zu neuen Erfindungen an. Das Hochpumpen des Brennstoffes wurde überflüssig; die Saugwirkung des Dochtes genigte. Dagegen galt es, der Flamme einen möglichst starken Luftzug zuzuführen. Flachbrenner wurden mit einem, mit zwei, mit drei Döchten (Duplex und Triplex) hergestellt. Bei uns war der Kosmosbrenner, ein Rundbrenner mit verengtem Glaszylinder, sehr verbreitet. Der Mikatulleubrenner hatte eine Anzahl runder Bollböden in einer Brantkammer, die alle gleichzeitig durch eine Schraube gehoben oder gesenkt werden konnten. Der innere Luftzug des Rundbrenners wurde durch den Belgier Sepulchre wesentlich verbessert.

Petroleumlampen mit Docht und Glaszylinder waren einige Jahre lang gleichfalls sehr verbreitet. Sie waren jedoch sehr schwierig zu behandeln. Gewöhnlich brannten sie kurze Zeit lang vorzüglich; sobald sich aber die Metallteile überhitzten, begann die Flamme zu flackern und der Strumpf raste an. Den meisten Benutzern war die erforderliche besondere Sorgfalt unangenehm und sie schafften die Petroleumflackelampe bald wieder ab.

Der Meerengen-Kampf vor der Entscheidung.

Die Festhaltung des Reuter-Büros, daß nach Ansicht der englischen Regierung eine Bewilligung der Forderungen Kemal Paschas nichts anderes bedeuten würde, als den vollständigen Verlust aller (englischen) Siegeserfolge über die Türkei, legt das Kernproblem des Augenblicks noch mit diplomatischen Waffen geführten Kampfes um die Dardanellen frei. Die Meerengen gehören zu den Schlüsselstellungen der großbritannischen, auf Seegestaltung und Sicherung aller Weltkrisen beruhenden Macht. Widerwillig nur und in allerlei Hintergedanken verkappt hat England zur Zeit der diplomatischen Weltkriegsvorbereitungen Anstalts Anträge auf die Meerengen anerkannt, um das Jarenland mit dem dringlichsten seiner außenpolitischen Wünsche an den Ententevägen zu binden. Das Ausschneiden des russischen Bundesgenossen und Wettbewerbers brachte England die seinerseits erstrebte Ernte leicht in die Schenkel. Man stellt die verdrängte Türkei im Bunde mit Frankreich als Errungenschaft wieder in Frage. Mit größter Eindringlichkeit arbeitet darum in diesen Tagen Downingstreet gewaltiger politischer Apparat, ganz anders zielbewußt und rücksichtslos, als wenn es etwa gilt, die Wilhelmstrasse gegen Poincarés Erpressungen in Schutz zu nehmen. Ein schwerfälliges politisches Wirkungsgeflecht gegen die militärisch fraglos anhängende beständige Regierstellung Angoras hat eingeseht. Eine allerdings sehr papierene Abwehr hat in einer Front begonnen, in die sich auch Frankreich, wenngleich mit Vorbehalten, hat einreihen müssen. Italiens Haltung ist noch vom englischen Standpunkte aus gesehen, bedenklicher als die Frankreichs. Selbst die fortschrittliche Zeitströmung der Londoner Weltanschauung kann nur oberflächlich den Nix in der Entente übersehen. Italien zeigt zu weitestgehender Neutralität und dürfte sich allerhöchsten Falles nur zu einer formellen Beteiligung an der Verteidigung der „Vereinigten Meerengen“ bereit finden. Seine Stellung zur Kleinen Entente, zu Griechenland und Süditalien, ist hier ausschlaggebend. England hat demgegenüber den Ernst seines Willens dadurch heraus zu arbeiten versucht, daß es auf die Unterstützung der Dominions hinweist. Es droht also mit einer Art Weltkriegs-Prüfung im Kleinen. Sein Schlagwort dürfte die Verteidigung Europas gegen die Türkenfront sein. Es hofft, alle Stimmungen wider den Feind der christlichen Welt zu mobilisieren. Soweit Kolonien mit mohammedanischem Bevölkerungsanteil in Frage kommen, wird der Widerhall eines solchen Appells nicht allzu begeistert sein. Schwermühevoller ist schon die Veranschaulichung der an den Meerengen interessierten Balkanländer und der Kleinen Entente. Hier liegt die Möglichkeit vor, einen Orbel anzufassen, dessen Druck auch Frankreich verspürt. Weitgehendes Interesse besteht bei diesen, Frankreich nahe liegenden Staaten an einer Fernhaltung der hegemonischen Türken von Europa. Der Balkan kann jeden Augenblick, wenn man die Brandfackel an ihn läßt, allerdings ein neuer Herd höherer Gefahren werden. Ein Grollen hat von jeder alle Kadette der Welt befallen, wenn das Wort „Balkan“ erwähnt, das bereits zu einer Art Bezeichnung für Völkerverwirrnis und politische Unruhe geworden ist. Hier wird für Frankreich ein nicht zu unterschätzendes Gegeninteresse gegen seine Türkenpolitik berührt. England weiß genau, warum es diese Karte aufspielt.

Wie immer, wenn Großbritanniens des vollen Erfolges seiner Sache nicht gewiß ist, stellt es neben die Einschüchterungsdrohung das Entzücken. Der, von England natürlich nur formell aufzufassen Rückgabe der türkischen Hauptstädte soll nichts im Wege stehen. Der äußeren Form nach resistiert ja auch heute ein Sultan am Bosporus, eine schwächliche Kreatur, ein Schattenregent, wie ihn England auch als Kalife für sein politisches Spiel vorzuziehen liebt. Daß der hierarchische Kemal Pascha mit einer Lösung in ähnlicher Form nicht zufrieden ist, bedarf keiner Worte. Souveränität ist die Grundlage wirklichen staatlichen Daseins. Eine Souveränität, wie beispielweise Deutschland sie besitzt, eingeprengt durch Kommissionen und Verpflichtungen wird dem Sieger von Smirna nicht vollen. Vollsoveränität, vielleicht verbunden mit einer garantierten handelspolitischen Meerengenfreiheit, das ist Kemal's Ziel. Wenn England nicht einen mit bedeutenden Opfern verbundenen Krieg auf sich nehmen will, wird es sich dazu benennen müssen, den Türken neben dem souveränen Besitz ihrer Hauptstadt ein angemessenes Stück europäischen Hinterlandes herauszugeben. Kemal's ja nicht gerade beschleunigten Kriegsziele dürften erst da eine Grenze finden, wo er den geschlossenen Willen der großen europäischen Mächte und ihrer Balkan-gegenseitigkeit sich gegenüber sieht. Vorläufig sind die Dinge von dieser Einheitsfront noch weit entfernt.

Die türkische Frage.

In einer Reuternote macht England den Vorschlag, daß die Freiheit der Meerengen unbedingt ausreicht erhalten werden müsse, und gibt weiter seiner Bekämpfung Ausdruck, daß Frankreich und Italien diesem Gedanken durchaus zustimmen. England wünscht ferner den schnellen Zusammentritt einer großen Friedenskonferenz. Um eine Konferenz zu ermöglichen, müßten aber sofort Maßnahmen von England, Frankreich und Italien, aber auch von Rumänien, Jugoslawen und Griechenland gegen die Türkei ergriffen werden.

Reuter meldet aus London: Lloyd George, Chamberlain, Birkenhead, Worthington Evans, Horne und Churchill hatten am Sonntag in Chequers eine Zusammenkunft, auf der sie die Beratung der türkischen Frage fortsetzten. Sie waren während des ganzen Tages in ständiger Verbindung mit dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und den Londoner Regierungskreisen. Heute mittag ist in der Downing Street ein Kabinettsrat abgehalten worden. Wie Reuter weiter meldet, erklärte am Sonnabend in einer Rede in Newcastle der Staatssekretär des Innern, Churchill, Großbritannien, Frankreich und Italien seien entschlossen, die Freiheit der Dardanellen und des Bosporus zu schützen. Es sei so gut wie sicher, daß mehr Truppen nach dem Orient geschickt werden müßten, aber wieder Truppen auch nötig seien, um Mustafa Kemal Pascha zu binden, nach Europa zu kommen, sie würden zur Stelle sein. Wenn England eine Schlappe erlitt, so würde dies das Schlimmste sein, was seiner Herrschaft im Orient widerfahren könnte. England müsse verhindern, daß seine Autorität in Indien und Ägypten Schaden erleide. Eine Meldung aus Rom besagt, eine offizielle Auslassung der Konfulta teile mit, daß eine Einheitsfront in der Frage der Meerengen erreicht sei. Diese erstreckt sich aber keinesfalls auf die Verpflichtung eines etwaigen Kollektivvorgehens gegen die Angoratruppen. Es wäre absurd, die Operation italienischer Truppen für eine Sache zu fordern, deren Ziel ebenso der öffentlichen Meinung wie den politischen Direktiven der Regierung widerspräche. Im übrigen ist man in diplomatischen Kreisen Roms über eine gleiche Haltung Frankreichs unterrichtet. In den Kreisen der Konfulta herrscht ein gewisser Optimismus vor, angeblich weil die Ungebuld Kemal's beim, der Angoraregierung die diplomatische Aktion Italiens zu durchkreuzen drohe.

Nach einer Meldung des „Matin“ hat Franklin D. Roosevelt, der seinerzeit die französische Unterhändler in

Havensteins Besprechungen in London.

Die Rückkehr Havensteins erfolgt bekanntlich am Dienstag.

Die Besprechungen zwischen dem Reichsbankpräsidenten Havenstein und der Leitung der Bank von England, die am Sonnabend begonnen haben, werden wahrscheinlich im Laufe des heutigen Vormittags fortgesetzt werden. Die Berliner zuständigen Stellen nehmen an, daß im Laufe des heutigen Abends die ersten Nachrichten aus London eintreffen werden, aus denen man sich ein Bild über den Stand der Dinge machen kann. Die Rückkehr des Reichsbankpräsidenten Havenstein ist im Laufe des Dienstag abends zu erwarten. Die belgische Regierung hat bekanntlich dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel erklärt, daß sie damit zufrieden wäre, wenn die deutsche Regierung eine Antwort nach der Rückkehr des Reichsbankpräsidenten schicke. Deshalb dürften alle Nachrichten nicht zutreffen, die von einem Vorgehen der Reparationskommission wissen wollen, weil die deutsche Regierung die Frist vom 15. September nicht eingehalten habe.

Der Brüssler Berichterstatter des „Temps“ meldet seinem Blatt, wenn Reichsbankpräsident Havenstein gegenwärtig den Verkehr mache, sich im Auslande eine Deutung zu verschaffen, so sei das eine Sache, die — so glaube man hier — die belgische Regierung nichts angehe. Die belgische Regierung werde nur die Garantien, die ihr die deutsche Regierung unter alleiniger Verantwortlichkeit und unter Ausschluss von Dritten anbiete, prüfen.

„Temps“ schreibt in einem Leitartikel über die Reparationsfrage, wenn Deutschland auf seine eigenen Vorschläge zurückkommen und sich damit abfinden werde, daß die Schatzkassen, welche Belgien nach den in der Entschliessung vom 31. August festgesetzten Bedingungen an Zahlungsmittel annehmen ermächtigt gewesen sei, mit sechsmonatiger Fälligkeit ausgestattet werden, und wenn Deutschland in dieser Beziehung die Garantie der Bank von Holland oder eines holländischen Finanzkonfortiums erbiete, so sei es sicher, daß Belgien, das sich an den Welt und an den Wortlaut der Entschliessung vom 31. August halte, dieser Garantie nur zustimmen könnte, wenn sie für die Gesamtheit der ihm zugewiesenen Zahlungen Gültigkeit hätte. Sie solle also für die 270 Millionen Goldmark und nicht nur für die zu 15. August und 15. September fällig gewordenen 100 Millionen Goldmark gelten, die, da kein festes Abkommen über die Garantie im allgemeinen existiert worden sei, nur noch durch ein Golddepot in gleicher Höhe gedeckt werden könnten. Das Blatt fragt: Wäre es nicht ein richtiges bemänteltes Moratorium, wenn man zuläßt, daß die Bank von England oder ein Finanzkonfortium Belgien gegenüber die Garantie dafür übernimmt, daß die deutschen Schatzkassen bei ihrem Fälligwerden in sechs Monaten bezahlt werden, während doch Deutschland auf der anderen Seite sich der Bank von England oder dem Finanzkonfortium gegenüber nur dazu verpflichten würde, die Summe, welche diese Bank oder dieses Finanzkonfortium eventuell für Deutschland vorzuschießen hätten, nach Ablauf von 18 Monaten zurückzuerstatten? Das wäre ein tatsächlicher Aufschub unter Verletzung der Entscheidung der Reparationskommission, und die deutsche Regierung würde es nicht daran fehlen lassen, diese Verpflichtungen anzunehmen, um zu verhindern, daß es ihr unmöglich sei, die Zahlungen, die ihr im Jahre 1923 als Reparationszahlungen auferlegt werden, zu leisten. Es habe also bei dem ersten Anblick nicht den Anschein, daß die Alliierten, wenn sie sich

Angora war, vorgestern eine lange Besprechung mit Poincaré gehabt. Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Washington hat der Oberkommissar der Vereinigten Staaten in Konstantinopel, Konrad Admiral Bristol, die telegraphische Kommunikation erhalten, gemeinsam mit den Alliierten der Not in Smyrna zu feuern, aber keinerlei Verpflichtungen im Namen der amerikanischen Regierung einzugehen. Das Blatt meldet weiter: Die private amerikanische Hilfsorganisation für den Nahen Osten habe wegen der Ausbringung von 2 Millionen Dollar an die Öffentlichkeit appelliert. „Chicago Tribune“ behauptet, daß die englischen Militär- und Flottenbehörden in Konstantinopel eine strenge Zensur der von dort kommenden Nachrichten ausüben.

Reuter meldet aus Melbourne: Nach Beratung mit dem Kabinet teilte der Premierminister Hughes mit, die australische Regierung sei bereit, Truppenkontingente nach dem nahen Osten zu senden, falls dies notwendig werde.

Die bulgarische Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, die Meldung, wonach Bulgarien eine Truppenkonzentration an der thrakischen Grenze vorgenommen habe, amtlich zu dementieren.

„Daily Mail“ veröffentlicht ein Telegramm seines Sonderberichterstatters, der die Feuerbrunst Smyrnas von Bord des Kreuzers „Iron Duke“ mit angehen hat und telegraphiert, mit Ausnahme der armenischen türkischen Viertel und eines kleinen Teiles der nördlichen Vororte stehe ganz Smyrna in Flammen. Ein türkischer General habe ihm gesagt, daß das Feuer von Armeniern angelegt worden sei, welche große Mengen von Waffen und Munition angehäuft, und als sie gesehen hätten, daß sie den Türken nicht mehr entgegen könnten, ihr Viertel an neu verordneten Stellen in Brand gesteckt hätten. Nach dem Korrespondenten ist die Lage der überlebenden Einwohner verheerend. Man schätze die Zahl der Personen, die, falls sie sich nicht retteten und falls sie nicht verproviantiert werden können, zum Hungertode verurteilt sind, auf ungefähr 100.000. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Athen soll die Stadt Paris von türkischen Soldaten und Bauern in Brand gesteckt worden sein. Die Häuser seien geplündert und die griechischen Einwohner ermordet worden.

Die Agence d'Atènes erklärt, die Meldungen, daß die türkischen Truppen 100.000 Gefangene gemacht und 1000 Geschütze und 8000 Maschinengewehre erbeutet haben, seien übertrieben. Die Gesamtstärke der Scharabre der griechischen Truppen in Kleinasien habe 100.000 Mann nicht erreicht. — Nach einer Meldung der Agence d'Atènes ist es gelungen, die auf der Halbinsel Trichone verbliebenen griechischen Truppen mit ihrem ganzen Kriegsgerät einzuschiffen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist am Sonntag in Augsburg eröffnet worden. Die sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten sind vollständig erschienen, dazu viele Gäste aus dem Auslande. Parteivorsitzender Hermann Müller wies dann in seiner Eröffnungsansprache auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin. Wir stehen vor einem Winter, wie er uns fürchterlicher auch im Kriege nicht gedroht hat. Wir brauchen den Willen zur Selbstbehauptung im Innern. Dann muß Rückblick

fest an die einstimmig angenommene Entschliessung halten, eine derartige Kombination unterschreiben könnten, die gerade die Absicht habe, diese einstimmig gefasste Entschliessung zum Scheitern zu bringen, dabei indessen das Risiko der Festhaltung einer Verfehlung vermeide.

Das Blatt kommt dann auf die in Deutschland mögliche Umbildung des Kabinetts zu sprechen und meint, ob nun Ulrich Reichskanzler bleiben oder ob er seinen Platz an Bernus abtreten werde, der der Mann sei, den man ihm am direktesten entgegenstelle, sei es doch nicht weniger sicher, daß die voraussichtliche Umbildung des Kabinetts hauptsächlich zu Gunsten volksparteilicher Persönlichkeiten vor sich gehen werde, die mit Unterstützung der Großindustrie beabsichtigten, der Neuorientierung der allgemeinen Politik Deutschlands in härterer Weise ihr Gepräge zu geben. Daher hätten auch die Alliierten, wenn es sich um die Reparationsfrage handele, keinen Fehler mehr zu begehen und keinen Versuch mehr zu wagen. Deshalb müßten sie fordern, daß die Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August nicht aufrechterhalten und in ihrem vollen Umfang, ihrem Geist und ihrem Text nach, unabweisbar verwirklicht werde. Aber man müsse ein für alle mal wissen, daß, wer auch immer die Leute sein mögen, die die Verantwortung für die Geschicke Deutschlands tragen, ob Welt oder Bernus oder auch Stinnes selbst, die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag das bleiben, was sie seien; das deutsche Volk werde wohl oder übel diese Verpflichtungen erfüllen und seine Abmachungen halten müssen.

Eine Abordnung der deutschen Arbeiterverbände reist nach Paris.

Wie die „Agence Havas“ erfährt, haben die deutschen Arbeiterverbände die Einladung des Generalsekretärs des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete Doucehame, Bevollmächtigte mit weitgehenden Vollmachten nach Paris zum Abschluß einer größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu entsenden, angenommen. Eine Abordnung der deutschen Verbände wird am Dienstag in Paris erwartet. Unter dem Vorhitz des Abgeordneten und Bürgermeisters von Vaux, Jassu, wird eine Sitzung des Aktionskomitees stattfinden, der die deutschen Delegierten beizumohnen werden. In dieser Sitzung sollen wichtige Entscheidungen über die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens, des Abkommens Gemelmann und des zwischen Stinnes und Luberac abgeschlossenen Abkommens getroffen werden. Der Generalsekretär der G. L. Joubert und der Vorstand des Bauarbeiterverbandes werden der Sitzung beizumohnen.

Präsident Harding soll die Initiative ergreifen.

Die Reuter aus Washington meldet, brachte am Sonnabend Britton im Nebraskahaus eine Entschliessung ein, in der Präsident Harding ersucht wird, im Interesse des industriellen Weltfriedens die ihm angelegentlich erscheinenden Schritte zu tun, um den sozialen und politischen Frieden in Europa wieder herzustellen. Die Entschliessung sagt weiter, der Zeitpunkt erscheine als günstig für eine neue Erwägung des Vertrages von Versailles und der Reparationsfrage. Es sei klar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht abseits halten dürfe, bis die europäischen Regierungen sie einladen.

genommen werden auf das Existenzminimum der Klassen des Volkes. Wenn die bürgerlichen Parteien eine Notlage meldehaft des ganzen Volkes fordern, dann dürfen sie sich auch nicht weigern, dem Volke Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen und die Vermögensmittel des Staates zur Milderung der Ausbreitung anzuwenden. Die Proletariat haben vom Sozen der freien Wirtschaft genug. (Beifall.) Die Mittelung des Notwendigen von dem Ausschussbeschluss auf Erhöhung des Getreideumlagepreises wird mit Entrüstung und Unzufriedenheit aufgenommen und seine Erklärung begründet, daß die Sozialdemokratie bei einer Zustimmung des Kabinetts zu diesem Beschluß die Verantwortung für die Folgen nicht tragen könne. Unsere Politik hat immer das Ziel verfolgt, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben. Damit ist wohl vereinbar die Realisationspolitik und die gewerkschaftliche Politik der Arbeitergemeinschaften. Unser höchstes Ziel muß aber sein, zu verhindern, daß die deutsche Republik eine Weidhatsrepublik werde. Die deutschen Arbeiter, die die deutsche Republik gegründet haben, werden dafür sorgen, daß die Republik die Aufgabe wird. Das dieses Ziel noch nicht erreicht ist, wird uns nirgendwo klarer, als auf dem bairischen Boden. Die sozialdemokratischen Arbeiter Bayerns werden auch die bairische Reaktion brechen. (Beifall.) Wir sind heute zur Verteidigung der Republik besser gerüstet als je. (Beifall.) Wir wissen, daß die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien nicht eine Tat des Verborgenen bleiben wird. In treuer Arbeit müssen wir uns schrittweise vorwärts bringen. Wir schließen mit dem Wunsch, der Parteitag möge gute Arbeit leisten und dann: Auf nach Nürnberg zum Zusammenbruch der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands! (Beifall.)

Der Parteitag wählte dann zu Vorsitzenden die Abgeordneten Weiss (Berlin) und Simon (Nürnberg).

Mit lebhaftem Beifall wird folgendes Begründungsprogramm des Reichspräsidenten aufgenommen: „Dem Parteitage sende ich herzliche Grüße. Die Einigung ist heute mehr denn je eine Lebensfrage der Arbeiter. Sie ist aber auch ein dringendes sozialpolitisches Gebot. Meine besten Wünsche begleiten eure Arbeit.“

Dann folgten Bezugsansprachen der ausländischen Gäste. Der Engländer Davis sagte: Die Einigung der deutschen Sozialisten werde für die Einigung der Arbeiter der ganzen Welt das Signal sein. Die englischen Arbeiter protestierten auf das schärfste gegen den Rückgegriff der französischen Staatsmänner und gegen die Unterdrückung des deutschen Volkes.

Vorsitzender Weiss schloß sodann die Eröffnungsansprache.

Deutschnationale Entschliessungen.

Am 14. und 15. d. M. fand in Berlin eine Tagung der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Ueber die äußere politische Lage berichtete Abg. Dr. Oelfersich; die namentlich durch die Ausnahmegerichte anlässlich des Todes von Rathenau geschaffene innerpolitische Lage wurde durch den Abg. Grafen Weizsäcker beleuchtet. In diesen Darlegungen wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt:

„Die Erfüllungspolitik hat zu dem von uns vorausgesehenen vollständigen Zusammenbruch geführt. Deutschland innere und äußere Notlage ist durch sie zur Un-erträglichkeit gesteigert worden. Sie muß endlich durch eine Politik ehrlicher und entschlossener Abrechnung unabhanger Forderungen ersetzt werden. Ein entschlossenes, endlich einmal bis in die letzten Folgen hinein durchgeführtes Ab-

man die Katastrophe, die über uns hereingebrochen ist, nicht verschlimmern, es ist vielmehr das einzige Mittel, einer endgültigen, unserer Leistungsfähigkeit angepassten Regelung der Reparationsforderungen den Weg zu bereiten."

Weiter verlangt die Entschlichung, die Arbeitslosigkeit zu heiligen, die Erzeugung zu vermehren und den Ertrag den eigenen Volksgenossen zu Preisen anzuführen, die die Not der Verbraucher nicht unerträglich machen. Wir verlangen deshalb, daß die Reichsregierung die zu treffenden Maßnahmen in enger Fühlung mit den Vertretungen aller Berufsstände und unter Beachtung der Rechte des Reichstages trifft. Hierbei sind feilschverhändig die Vertretungsorgane der Arbeitergemeinschaft gleichberechtigt zur Mitwirkung heranzuziehen, die Nebenregierung der sozialdemokratischen Gewerkschaften jedoch muß auf diesem wie auf anderen Gebieten entschieden abgelehnt werden. Endlich wird gefordert, daß die Parole „Der Feind heißt rechts“ in Wort und Tat zurückgenommen wird. „Die verfassungswidrige Ausnahmefolgegebung und ihre Anwendung fügt weiten von heiliger Vaterlandsliebe und von pflichtbewußtem Willen zu positiver Mitarbeit erfüllten Volksteilen Tag für Tag schweres Unrecht zu und behindert sie in der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte; sie gefährdet durch die weitere Entfaltung der Einzelstaaten den Reichsgebanten."

Der Fall des Abg. Hennig wurde noch eingehender Aussprache mit der Entscheidung der Reichstagsfraktion als erledigt erklärt unter der ausdrücklichen Feststellung, daß diese Erledigung mit der nach wie vor deutsch-völkischen Einstellung der Partei nicht das geringste zu tun habe. Ferner wurde zu dem Verhalten der Abgeordneten v. Graefe und Walle beschlossen, daß von ihnen angelehnt der persönlichen Kränkungen, die sie den in Betracht kommenden Parteien öffentlich zugesagt hätten, ausreichende Erklärungen erwartet würden, ausweislich mit der Versicherung, daß sie der notwendigen Parteipflicht künftighin Rechnung tragen wollten. Zum Schluss wurde das neue Disziplinargesetz und die Art seiner Handhabung gegenüber deutschnationalen Beamten auf das Schärfste mißbilligt.

Die notwendige Koalitionserweiterung und die Deutsche Volkspartei.

Neben der voranschreitenden Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung wird von maßgebender Stelle in der Partei folgendes mitgeteilt:

Im Falle einer Krise in den Reparationsverhandlungen dürfte die Existenz des Kabinetts Wirth gefährdet sein. Die Deutsche Volkspartei würde es in diesem Falle für ihre Pflicht halten, in eine neue, auf breiterer Basis zu bildende Regierung einzutreten. Aber auch wenn die gegenwärtige Reparationskrise überwunden und das Kabinett Wirth am Ruder bleiben sollte, erscheint eine Verbreiterung der Koalition unabwendbar. Neben die Verbindungen, unter denen die Deutsche Volkspartei sich in einem solchen Falle zum Eintritt in die Regierung entschließen würde, ist man sich allerdings noch nicht klar. Wahrscheinliche Persönlichkeiten innerhalb der Partei bezeichnen die Befragung zweier Ministerien — mindestens des Außenministeriums — als unerlässliche Voraussetzung.

Die Entscheidung über die Haltung der Partei in dieser Frage dürfte erst auf dem preussischen Landesparteitage und in der Sitzung des Parteivorstandes fallen, die am kommenden Freitag beim. Sonnabend stattfinden.

Der Besuch des polnischen Staatschefs beim rumänischen König.

Die Trinkbrücke.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Sinaja: König Ferdinand von Rumänien hielt während des Diners im königlichen Schloß an den polnischen Staatschef Pilsudski eine längere Ansprache, in der er den längst bestehenden Sympathien des rumänischen Volkes für Polen Ausdruck gab. Beide Staaten müßten in der Atmosphäre intimer Freundschaft an die Lösung der aus ihrer hohen Lebensmission hervorgehenden Aufgabe herantreten. Die Interessengemeinschaft der beiden Länder, das Streben nach einem wirklichen Frieden auf der Basis der Achtung der Verträge und deren Inkraftsetzung werde in hervorragendem Maße dazu beitragen, jene kulturellen Aufgaben zu verwirklichen, deren Lösung den beiden Staaten unfehlbar sei. Pilsudski sagte in seiner Antwort, daß die beiden mit einander verbündeten Völker aus der Verlebung der großen, die ganze Welt umfassenden Dual neu hervorgegangen seien und zwar Rumänien als ein geeinigter Staat, Polen als ein wieder auferstandener, und daß sie die Verwirklichung des Sieges von Recht und Gerechtigkeit seien. Aus dieser Verantwortlichkeit der Wege in einer noch nicht lange entscheidenden Vergangenheit ergebe sich als logische Konsequenz ein gemeinsamer Weg in der Gegenwart und zweifellos auch in der Zukunft.

Das Warschauer Blatt „Nacypopolita“ schreibt aus den in Sinaja gemachten Reden, daß Rumänien einer Annäherung an Ungarn abgeneigt sei.

Ein Geheimabkommen zwischen Polen und der Kleinen Entente.

Die „Wolfsche Zeitung“ bringt aus ausländischer diplomatischer Quelle den Text eines Geheimabkommens, das in Warschau, am 31. August, anlässlich der Zusammenkunft der Staatsmänner der Kleinen Entente und Polens geschlossen worden ist. In dem Abkommen heißt es: Die vertraglich verbundenen Parteien verpflichten sich, gemeinschaftlich den Status quo im mittleren und östlichen Europa zu vertheidigen. Jede Bedrohung durch eine oder mehrere fremde Mächte gegen eine oder mehrere der vertraglich verbundenen Parteien wird als eine Bedrohung der Gesamtheit dieser Mächte betrachtet werden. Die vertraglich verbundenen Parteien verpflichten sich für den Fall des Krieges, sich gegenseitig mit allen ihren Kräften zu unterstützen. Die vertraglich verbundenen Parteien werden sofort ihre Gewaltverhältnisse miteinander in Verbindung setzen, um die gemeinschaftlichen Mittel, die am besten geeignet sind, die oben erwähnten Verpflichtungen durchzuführen, zu studieren.

Drei Milliarden zur Fertigstellung begonnener Bauten.

Die Geldentwertung der letzten Monate, die in alle Bezirke unseres Lebens verdringend eingegriffen hat, hat auch den Wohnungsbau nicht verschont. Der Ueberwachungs-ausschuss des Reichstages mußte sich daher am vorigen Mittwoch mit der Bereitstellung von Mitteln zur Fertigstellung begonnener Wohnungsbauten beschäftigen, da die für die Durchführung des Wohnungsbau verfügbaren öffentlichen Mittel infolge der Geldentwertung nicht mehr zur Vollenbung der in diesem Jahre angefangenen Bauten ausreichten. Zahlreiche Bauten, besonders in Groß-Berlin, sind bereits kriegsbedingt, teilweise sind sogar bereits begonnene Bauten zum Abbruch gelangt. Das Reich steht somit vor der Notwendigkeit, neue große Mittel zur Fertigstellung der begonnenen Bauten zu beschaffen. Da mit dem Aufkommen der Beträge aus der Wohnungsabgabe vor 1923 nicht zu rechnen ist, bleibt noch Auffassung der Regierung nichts anderes übrig, als mit größtmöglicher Beschleunigung rückzahlbar veranschlagte Vorläufe aus dem Reichshaushalt zur Verfügung zu stellen. Nach den bereits vom Reichstag genehmigten Beschlüssen sollen drei Milliarden Mark den

Landesregierungen überwiesen und ausschließlich zur Fertigstellung der angefangenen Bauten verwendet werden, aber keinesfalls zur Finanzierung noch nicht angefangener Bauten. Die Darlehen sollen durch die Landesregierungen den Trägern des Wohnungsbau, den Fürsorgegesellschaften, den Gemeindefürsorgevereinen, Siedlungsgesellschaften usw. überwiesen, aus der in Aussicht genommenen Erhöhung der Wohnungsabgabe vorweg gedeckt und spätestens bis zum 30. September 1923 an das Reich zurückgezahlt werden. Das ist gewiß eine ebenso nötige wie nützliche Maßnahme, aber leider ist zu fürchten, daß bei der häufiglich fortschreitenden Geldentwertung die bewilligten drei Milliarden in wenigen Wochen nur noch Millionen bedeuten und neue Bewilligungen erforderlich sein werden. All diese gutgemeinten Einzelmaßnahmen können angesichts unserer komplizierten und ausichtslosen Lage nicht helfen, solange nicht der deutsche Kredit durch Bewilligung eines langfristigen Darlehens von Seiten der Entente sowie ausländischer Anleihen im großen Umfange wieder bis zu einem gewissen Grade hergestellt ist.

Entschlichung des Reichsverbandes deutscher Obst- und Gemüsehändler.

In einer öffentlichen Versammlung sprach sich, wie aus Berlin gemeldet wird, der Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler für die Einführung des Konjunktionszwangs im Handel mit Obst und Gemüse. Der Verband und des Organisationszwangs für den Lebensmittel-Handel, ferner für Anpassung der Preissteigerungsverordnung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und für Beilegung der Umwälzung und für wesentliche Ermäßigung der Frachtsätze für Lebensmittel aus. Eine Entschlichung, in der die sofortige Durchführung einer Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Preissteigerung gefordert wird, wurde einstimmig angenommen. Der Versammlung wohnten auch Vertreter des Reichswirtschafts-, des Reichsjustiz- und des Handelsministeriums bei.

Von der Völkerbundstagung.

Der Genfer Vertreter des Londoner „Observer“ meldet: Die Ankündigung, daß Lloyd George nach Genf reisen werde, ist verfehlt. Es ist richtig, daß Balfour und Cecil sein Erscheinen wünschen; aber der internationale Lage ist wahrscheinlich besser mit seinem Verbleiben in London gebient.

Die Völkerbundversammlung wird heute — Montag — wieder zu einer Vollversammlung zusammenkommen. Auf der Tagesordnung steht u. a. das Aufnahmegebet Ungarns, das, wie gemeldet, vom politischen Ausschuss beantwortet wird und dessen Annahme im Plenum gesichert ist.

In der Sitzung des 3. Ausschusses der Völkerbundversammlung (Ausschuss für Nahrungsbefchränkungen) am Sonnabend wurde plötzlich die Annahme des Entwurfs des Garantiepaktes in Frage gestellt. Die drei ersten Artikel lagen zwar in der Form vor, in der sie der 3. Ausschuss und das Redaktionskomitee bereits genehmigt hatten, für den restlichen Artikel 4 aber fanden zwei Texte einander gegenüber, einen der von Lord Robert Cecil auf Grund der Beratung der letzten Ausschusssitzung neu redigierte Text, zweitens ein neuer Entwurf des französischen Delegierten de Jouvenel, dem ebenfalls das Redaktionskomitee zugestimmt hatte. Lord Cecil's Entwurf hat folgenden Wortlaut: Ein gegenseitiger Garantiepakt kann selbstverständlich nur wirksam werden, wenn eine Nahrungsbefchränkung von allen Parteien angenommen wird, nachdem eine nach der Meinung der Mehrheit des Völkerbundes ausreichende Organisation geschaffen wurde, um die Verwirklichung und die Aufrechterhaltung der Nahrungsbefchränkungen zu sichern. Der Entwurf de Jouvenel's lautet folgendermaßen: Da die allgemeine Nahrungsbefchränkung das Ziel der vorhergehenden Resolution und der Garantiepakt ein Mittel für ihre Verwirklichung ist, ist selbstverständlich die vorhergehende Einmütigkeit zu einer Nahrungsbefchränkung die erste Bedingung des Paktes. Andererseits muß die Befchränkung der nationalen Nahrungen im Verhältnis zu den Sicherheiten stehen, die der Pakt bringen wird. Der Garantiepakt und der Abrüstungsplan hängen von einander ab. Ihre Vorbereitung und ihre Anwendung müssen daher mit Hilfe einer zu diesem Zwecke vom Völkerbundrat zu schaffenden Organisation gesichert werden. — Der Berichterstatter der Redaktionskommission Graf Tosi-Faltoni war der Ansicht, daß der Text de Jouvenel's sich im allgemeinen mit dem Lord Cecil's decke und daß man ihn daneben annehmen könne. Die starken und für das ganze Abrüstungsproblem entscheidenden Gegenläufe zwischen den beiden Entwürfen kamen in langen, zum Teil sehr lebhaften Reden und Auseinandersetzungen zwischen Lord Cecil und de Jouvenel zum Ausdruck. Während Lord Cecil den Garantiepakt im wesentlichen von einer Abrüstung abhängig machen will, will der zweite an eine Nahrungsbefchränkung erst herantreten, wenn ein befriedigender Garantiepakt gesichert ist. Lord Cecil lehnte diese These vor allem mit den Worten ab, daß es Länder gibt, die erst abrüsten wollen, wenn sie Garantien bekommen haben, während andere Länder erst dann Garantien geben werden, wenn auch abgerüstet wird. Angesichts dieses scharfen Gegenlaufes beantragte Lord Cecil, daß man über die Textentwürfe keine vorläufigen Beschlüsse fasse, sondern sie dem gemischten Ausschuss für die Nahrungsbefchränkungen unterbreite. De Jouvenel dagegen, der sich mit der Mehrheit der Delegierten einig glaubte, forderte sofortigen Beschluß mit der Begründung, daß Frankreich eine so wichtige Angelegenheit wie die der Nahrungsbefchränkung nicht veräußern wolle. In längeren Ausführungen sprach de Jouvenel diesen Gedanken aus, ließ aber klar erkennen, daß es der französischen Delegation bei dem Paktprojekt ausschließlich auf reale Garantien ankomme und daß sie keine Verpflichtungen zu Nahrungsbefchränkungen eingehen wolle ohne vorhergehende Sicherheiten.

Nach einer sehr langen Debatte, in der Föder-England erklärte, daß er wohl dem Paktentwurf zustimme, aber ein so großes Reich wie das britische nicht binden könne und Kisten-Polen für die Fassung de Jouvenel's eintrat, einigten sich nach persönlicher Aussprache de Jouvenel und Lord Cecil dahin, noch einmal gemeinsam einen Redaktionsentwurf auszuarbeiten, über den später beraten werden soll.

Der 3. Ausschuss der Völkerbundversammlung (Nahrung) genehmigte am Sonnabend den Entschlichungsentscheid über die Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz und die Ausdehnung des Washingtoner Abkommens auf alle Staaten. — Der 5. Ausschuss genehmigte am Sonnabend den Bericht Ransens über das Glühweitzugungen der russischen Flühlingse und regte beim Völkerbundrat eine internationale Untersuchung mittelbarer russischer Flühlingse an. — Der langwierige Kampf um die Resolution Kurrag's für den Rinderpestschutz gelangte in der Sitzung des 6. Ausschusses am Sonnabend zum Abschluß, da Murray keine Resolution vorschlug. Die darin aufgestellte Forderung auf Entsendung von Völkerbunddelegierten in Gebiete mit stark gemischter Bevölkerung soll nach in Form einer Anregung in den Bericht an den Rat aufgenommen werden. Der bereits im Unter Ausschuss angenommene Vorschlag Benesch, der eine Art Kontrolle des lokalen Verhaltens der Rinderpest ihren Staat gegenüber vorschlug, wurde dagegen angenommen. Datta-Schweiz wurde mit der Verwirklichung bei der Versammlung beauftragt.

Eine offizielle Abordnung ist in Genf eingetroffen und hat dem Völkerbundrat und der Völkerbundversammlung eine Denkschrift überreicht, in der gegen die von der

polnischen Regierung in Ost-Galicien angeordneten Maßnahmen zum polnischen Landbesitz protestiert wird. Diese Abordnung bittet den Völkerbund, das der offiziellen Bevölkerung durch die internationalen Verträge zugehörnde Recht zu schützen.

Der Völkerbundrat

beschloß in seiner Sitzung am Sonnabend entsprechend einem Antrag Balfours, daß laut Artikel 25 des Völkerbundesstatuts die Bestimmung über die Bildung einer jüdischen Gemeinde nicht auf das Transjordan-Gebiet bezogen. Der Rat billigte ferner den Bericht des Wirtschaft- und Finanzkomitees des Völkerbundes und beschloß, zum Mai 1923 eine internationale Zollkonferenz nach Genf einzuberufen.

Kommunistische Tätigkeit im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet: Es geht im Ruhrgebiet wie in einem Herdfeuer. Die große Teuerung hat in den Industriestädten zu Unruhen auf den Märkten geführt, in Damborn und Sterkrade wie in Oberhausen wurden die Geschäfte geschlossen, unter Einkauf die Ware abzugeben. Die Welle greift weiter um sich, auch in Bochum kam es zu Unruhen. Die Kommunisten und Unionisten holen zu einem starken Anstieg auf die letzte Staats- und Wirtschaftsverfassung aus, sie arbeiten hin auf die zweite Revolution. Der Mangel an Zahlungsmitteln hat zwar die Forderungen und Werte veranlaßt, Holzgeld herauszugeben, aber die Arbeiter lehnen es einfach ab und verlangen Reichsgeld. Die Ueberstunden werden von einem großen Teil der Bergarbeiter verweigert, man begründet es auch damit, man wolle nicht für Stilles und den französischen Kapitalismus arbeiten. — Die Kommunisten erklären, es sei alles bereit, die Führer seien da, die Stunde zum Losschlagen stehe vor der Tür. In verschiedenen Großstädten haben sie Konzepte aufgestellt. Es wird verlangt, daß diese das Recht haben, die Warenpreise herabzusetzen, ihre Verschlebung zu verhindern, daß diese Ausschüsse von den Städten besetzt werden; ferner Entfernung der Schupo, die die Unruhen unterdrückt hat. Im Falle der Weigerung wird die Bevölkerung zur Selbsthilfe aufgefordert und schärfer Kampf angekündigt. — Die Kontrollausschüsse stellen nichts anderes dar, als den Stab der Bolschewiki, der die Verwaltung und die politische Macht an sich reißen soll. — Wenn die Regierung die rechten Maßnahmen trifft, werden die Kommunisten ihr Ziel nicht erreichen. Die alten Gewerkschaften mißbilligen das Vorgehen der Kommunisten, die aber über eine Gefolgschaft verfügen, die ihnen blindlings ergeben ist. Die Lage im Ruhrgebiet ist so ernst, wie sie jemals war. Nur eine entschiedene, sofort Wirkung zeigende Dämpfung der Teuerung kann sie abwenden.

Wahlen in Braunschweig.

Bei den am Sonntag vorgenommenen allgemeinen Wahlen der unbeforderten Mitglieder des Rates der Stadt Braunschweig erhielten die Liste der S. V. D. 5583 Stimmen, die Liste der U. S. V. D. 14508 Stimmen, die Liste der Kommunisten 4823 Stimmen, die wirtschaftliche Gewerkschaften 22008 Stimmen, und die Liste der Demokratischen Partei 3215 Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 98148.

Im Sibirien.

Seit einiger Zeit läßt sich bei den Außenhandelsorganen der Sowjetregierung eine außerordentliche Müdigkeit wahrnehmen, in Westeuropa Interesse für die großen natürlichen Reichtümer Sibiriens und ihre baldige Erschließung zu wecken.

Bald dienen die Wälder in der Republik des Fernen Ostens, bald die Erzergibtümer Mittel- und Westsibiriens als Vorkämpfer für anlagefähige Finanzgruppen. Dieser Eifer ist umso auffälliger, als gerade Sibirien einem Austauschverkehr mit Europa vorläufig noch ungeheure Schwierigkeiten bietet. Die Eisenbahn kommt für diesen Zweck so gut wie gar nicht in Betracht. Abgesehen von dem schlechten Zustand der einzigen in Betracht kommenden Hauptlinie verbieten sich Warentransporte schon wegen der auf weiten Strecken herrschenden Unsicherheit. Auch würden die enormen Transportkosten die Waren viel zu sehr verteuern. Aus diesem Grunde machen die handelspolitischen Organe der Sowjetregierung alle möglichen Anstrengungen, den nördlichen Seeweg dem Warenaustausch zwischen Sibirien und Europa dienbar zu machen. Auf dem Wege über das Karameer sollen sibirische Rohstoffe gegen die von Sibirien gebrauchten Importe, wie landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel, Pulver, Schrot, Textilien und andere von den Bauern geforderte Dinge ausgetauscht werden. Ein solcher Austausch konnte bisher aber nur durch vereinzelte, besonders ausgetüchtete Handelsrepräsentanten in keinem Umfang unternehmen werden. Für die Organisation eines regelmäßigen Schiffsverkehrs fehlt es an fast allen Voraussetzungen, vor allem an geeigneten Hafeneinrichtungen an der Mündung der großen Ströme. Im übrigen ist der nördliche Seeweg bei dem gegenwärtigen Stande seiner Erforschung überhaupt erst 6 bis 8 Wochen im Jahre befahrbar.

Die große Mühe, die sich die Sowjetregierung gibt, trotz aller solcher Schwierigkeiten, den Handelsverkehr zwischen Sibirien und Europa neu zu beleben, erklärt sich genügend aus der Gefahr, einer raschen wirtschaftlichen Durchdringung Sibiriens durch Japan. Je länger Sibirien von Europa abgeperlt bleibt, desto größer die Aussichten hat Japan, das ungeheure Gebiet vom Fernen Osten her zu erschließen, und je weniger es der Sowjetregierung gelingt, die europäische und amerikanische Handelswelt für Sibirien zu interessieren, desto schwächer ist ihre Position bei den Auseinandersetzungen mit Japan. Ewig kann der gegenwärtige Zustand tatsächlicher Blockade in Sibirien nicht aufrecht erhalten werden. Je länger es dauert, bis ein einigermaßen wirkamer Handelsverkehr zwischen Sibirien und Europa aufkande kommt, desto mehr wird die Bevölkerung Sibiriens die Bemühungen Japans begründen, von Wladiwostok aus dem Weltverkehr den Zugang in das Innere Sibiriens zu bahnen. Am 8. September war in Tschita eine Konferenz von Vertretern Japans, der Republik des Fernen Ostens und der russischen Sowjetregierung (Joffe, Tomson) eröffnet worden, die aber, kaum daß sie begonnen hatte, wieder vertagt werden mußte, so stark traten von vornherein die Gegensätze hervor. Vorläufig scheint man noch eher mit neuen kriegerischen Verwicklungen als mit einer friedlichen Verständigung rechnen zu können. Nicht als ob Japan selbst militärische Abenteuer beschäufelte, es steht aber zweifellos hinter dem General Dietrich, dem Oberkommandierenden der ehemals russischen Truppen, die in Wladiwostok konzentriert, aber große Vorräte an Waffen und Munition verfügen und eine drohende Haltung einnehmen. Andererseits sind große Teile der roten Armee aus dem Nishni-Nomgorod-Sajan-Bezirk nach Tschita unterwegs und die Sowjetregierung droht mit einem Vormarsch auf Wladiwostok, wenn die weißen Truppen sich nicht entwaffnen lassen. Unabhängig von solchen militärischen Vorgängen drängen aber sowohl in Sibirien wie in Japan mächtige Wirtschaftskräfte immer härter auf eine Verständigung über eine baldige friedliche Regelung der russisch-japanischen Handelsbeziehungen hin und sie werden sich schließlich gegen alle Widerstände durchsetzen.